

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit und dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975

A. Zielsetzung

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat gilt im Bereich der Sozialen Sicherheit das Abkommen vom 29. Oktober 1959 nebst Zusatzvereinbarung. Die Änderungen der Sozialgesetzgebung der letzten 14 Jahre in beiden Ländern und die bei der Anwendung des Abkommens von 1959 gesammelten praktischen Erfahrungen erforderten eine Revision und vollständige Neufassung des Abkommens.

B. Lösung

Das Abkommen vom 4. Dezember 1973 regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Beziehungen im gesamten Bereich der Sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung. Es beruht im wesentlichen auf den gleichen Grundsätzen, die in den entsprechenden EWG-Verordnungen niedergelegt sind. Da in dem Abkommen vom 4. Dezember 1973 die am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Kindergeldregelungen nicht mehr berücksichtigt werden konnten, war das Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975 erforderlich. Es enthält neben der neuen Kindergeldvereinbarung einige in der Zwischenzeit erforderlich gewordene Ergänzungen auf dem Gebiet der Renten- und Krankenversicherung.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

14 (43) — 806 06 — So 78/77

Bonn, den 14. März 1977

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit und dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975 mit Begründung (Anlage 1). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der deutsche und spanische Wortlaut des Abkommens, des Schlußprotokolls, der Zusatzvereinbarung und des Ergänzungsabkommens sowie eine Denkschrift zu dem Abkommen sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 443. Sitzung am 11. März 1977 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzesentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigelegten Gegenäußerung dargelegt.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat
über Soziale Sicherheit und dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den nachfolgenden völkerrechtlichen Vereinbarungen wird zugestimmt:

1. Dem in Bonn am 4. Dezember 1973 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit, dem Schlußprotokoll und der Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen vom demselben Tage;
2. dem in Bonn am 17. Dezember 1975 unterzeichneten Abkommen zur Ergänzung des Abkommens vom 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit.

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Hat ein Träger der Krankenversicherung für die in Artikel 15 Abs. 2 des Abkommens vom 4. Dezember 1973 genannten Personen und deren Angehörige Leistungen gemäß Artikel 15 Abs. 4 und 5 dieses Abkommens gewährt, so sind ihm als Beiträge im Sinne des § 385 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung die Aufwendungen für diese Leistungen in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten von dem zuständigen Träger der Rentenversicherung zu erstatten.

(2) Die Beträge, die nach Absatz 1 von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter den Trägern der Krankenversicherung zu erstatten sind, gelten als Beiträge für die Krankenversicherung im Sinne des § 1390 der Reichsversicherungsordnung.

Artikel 3

(1) Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens vom 4. Dezember 1973 für einzelne Träger

der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese auf ihren Antrag ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet die in Artikel 3 Nr. 1 Buchstabe a der Zusatzvereinbarung genannte Verbindungsstelle; vor der Entscheidung sind die anderen Spitzenverbände der Krankenversicherung zu hören. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf sämtliche Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres einschließlich der Rentner aufgebracht.

(2) Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens vom 4. Dezember 1973 für einzelne Träger der Unfallversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese auf ihren Antrag ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über diesen Ausgleich entscheidet die in Artikel 3 Nr. 1 Buchstabe f der Zusatzvereinbarung genannte Verbindungsstelle. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf sämtliche Träger der Unfallversicherung aufgebracht.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen vom 4. Dezember 1973 nach seinem Artikel 58 Abs. 2, das Schlußprotokoll nach seinem Artikel 6 Abs. 2, die Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 16 Abs. 2 und das Abkommen vom 17. Dezember 1975 nach seinem Artikel 7 Abs. 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf die Vereinbarungen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen vom 4. Dezember 1973 und die Zusatzvereinbarung hierzu auch das Verwaltungsverfahren der zuständigen Träger regeln, die weitgehend Behörden der Länder darstellen.

Zu Artikel 2

Personen, die deutsche und spanische Versicherungszeiten zurückgelegt haben und daher Renten aus den Rentenversicherungen beider Länder beziehen, unterliegen, solange sie in Spanien wohnen, ausschließlich der spanischen Krankenversicherung nach Maßgabe der dortigen Rechtsvorschriften. Die genannten Personen erhalten jedoch für sich und ihre Angehörigen bei vorübergehendem Aufenthalt im Bundesgebiet Sachleistungen aus der deutschen Krankenversicherung, als ob sie dieser angehörten. Dasselbe gilt für die im Bundesgebiet wohnhaften Familienangehörigen dieser Rentner. Artikel 2 stellt sicher, daß den Trägern der deutschen Krankenversicherung die Aufwendungen, welche ihnen durch diese Leistungen erwachsen, von den Trägern der Rentenversicherung erstattet werden.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung gibt die Möglichkeit, außergewöhnliche Belastungen auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können, z. B. Belastungen mit Verwaltungskosten, für die keine Erstattung vorgesehen ist. Die Entscheidung der Verbindungsstelle unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 4

Die Vereinbarungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 Satz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen vom 4. Dezember 1973 nach seinem Artikel 58 Abs. 2, das Schlußprotokoll nach seinem Artikel 6 Abs. 2, die Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 16 Abs. 2 und das Abkommen vom 17. Dezember 1975 nach seinem Artikel 7 Abs. 2 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Spanischen Staat
über Soziale Sicherheit

Convenio
entre la República Federal de Alemania
y el Estado Español
sobre Seguridad Social

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DER CHEF DES SPANISCHEN STAATES

EL PRESIDENTE
DE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA
Y
EL JEFE DEL ESTADO ESPAÑOL

VON DEM WUNSCH GELEITET, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit zu verbessern und enger zu gestalten und die in beiden Staaten erfolgten Änderungen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Verlaufe der letzten Jahre zu berücksichtigen, und

IN DER ABSICHT, zu einem besseren Schutz der in beiden Staaten vom Abkommen betroffenen Arbeitnehmer beizutragen, den Anwendungsbereich zu erweitern und auf neue Personengruppen auszudehnen

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, das Abkommen über Soziale Sicherheit vom 29. Oktober 1959 neu zu fassen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Herrn Walter Scheel,
Bundesminister des Auswärtigen,

Der Chef des Spanischen Staates:
Herrn Laureano López Rodó,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

ANIMADOS DEL DESEO de mejorar y configurar más estrechamente las relaciones entre los dos Estados en el ámbito de la Seguridad Social y tomar en consideración las modificaciones de las disposiciones legales internas sobre Seguridad Social realizadas en ambos Estados durante los últimos años, y

CON LA INTENCION de contribuir a una mejor protección de los trabajadores afectados por el Convenio en ambos Estados, así como ampliar su campo de aplicación y extenderlo a nuevos grupos de personas,

HAN DECIDIDO proceder a una nueva redacción del Convenio sobre Seguridad Social de 29 de octubre de 1959, y a este fin han nombrado como Plenipotenciarios suyos:

El Presidente de la República Federal de Alemania:
al Señor Walter Scheel,
Ministro de Asuntos Exteriores,

El Jefe del Estado Español:
al Señor Don Laureano López Rodó,
Ministro de Asuntos Exteriores,

los cuales, después de haber cambiado entre sí sus plenos poderes, hallados en buena y debida forma, han convenido lo siguiente:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Spanien“
den Spanischen Staat;
„Bundesrepublik“
die Bundesrepublik Deutschland;

Título I
Disposiciones generales

Artículo 1

A efectos del presente Convenio, las expresiones que a continuación se indican tienen el siguiente significado:

1. „España“:
El Estado Español.
„República Federal“:
La República Federal de Alemania.

2. „Hoheitsgebiet“

in bezug auf Spanien den Geltungsbereich der Grundgesetze des Spanischen Staates,

in bezug auf die Bundesrepublik den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

3. „Staatsangehöriger“

in bezug auf Spanien eine Person, welche die spanische Staatsangehörigkeit gemäß den spanischen Rechtsvorschriften nachweist,

in bezug auf die Bundesrepublik einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

4. „Rechtsvorschriften“

die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, auf die sich die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Versicherungen, Systeme und Leistungen der Sozialen Sicherheit beziehen und die in dem Hoheitsgebiet oder einem Teil des Hoheitsgebietes eines Vertragsstaates in Kraft sind;

5. „Zuständige Behörde“

in bezug auf Spanien den Arbeitsminister,

in bezug auf die Bundesrepublik den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung;

6. „Träger“

die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;

7. „Zuständiger Träger“

den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrags auf Leistungen versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch haben würde, wenn sie im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt beschäftigt war, sich aufhalten würde, oder den von der zuständigen Behörde bestimmten Träger;

8. „Träger des Aufenthaltsortes“

den Träger, der für den Ort zuständig ist, an dem die in Betracht kommende Person sich aufhält oder, wenn die Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaates einen solchen Träger nicht bestimmen, den Träger, den die zuständige Behörde dieses Staates bestimmt;

9. „Spanischer Träger“

einen Träger, der im Hoheitsgebiet des Spanischen Staates seinen Sitz hat,

„Deutscher Träger“

einen Träger, der im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik seinen Sitz hat;

10. „Angehöriger“

eine Person, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften als solche bestimmt oder anerkannt ist, soweit dieses Abkommen nicht etwas anderes bestimmt; wird nach diesen Rechtsvorschriften eine solche Person nur dann als Familienangehöriger angesehen, wenn sie mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft lebt, so gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn der Unterhalt dieser Person überwiegend von dem Versicherten bestritten wird;

2. „Territorio“

Referido a España, aquel en que tengan vigencia las Leyes Fundamentales del Estado Español.

Referido a la República Federal, aquel en que tenga vigencia la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania.

3. „Súbdito“

En relación con España, el que acredite la nacionalidad española con arreglo a las disposiciones legales españolas.

En relación con la República Federal, todo alemán, según la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania.

4. „Disposiciones legales“

Las Leyes, Reglamentos y Estatutos que se refieran a los seguros, sistemas y prestaciones de la Seguridad Social reseñadas en el artículo 2, apartado 1, y que estén vigentes en el territorio o en una parte del territorio de uno de los Estados contratantes.

5. „Autoridad competente“

En España, el Ministro de Trabajo.

En la República Federal, el Ministro Federal de Trabajo y Asuntos Sociales.

6. „Organismo“

La Institución o Autoridad a la que corresponda la aplicación de las disposiciones legales citadas en el artículo 2, o de una parte de las mismas.

7. „Organismo competente“

El Organismo en que la persona estuviere asegurada en el momento de solicitar las prestaciones, aquel frente al cual tuviere derecho a las mismas o lo tendría de residir en el territorio del Estado contratante en que haya estado ocupado últimamente, o el designado por la Autoridad competente.

8. „Organismo del lugar de residencia“

El Organismo que sea competente para el lugar en que se halle la persona de que se trate, o, cuando las disposiciones legales del correspondiente Estado contratante no determinen tal Organismo, el Organismo que sea designado por la Autoridad competente de este Estado.

9. „Organismo español“

Todo Organismo que tenga su sede en el territorio del Estado Español.

„Organismo alemán“

Todo Organismo que tenga su sede en el territorio de la República Federal.

10. „Familiar“

Toda persona definida o admitida como tal por las disposiciones legales aplicables, salvo que el presente Convenio disponga otra cosa; sin embargo, si estas disposiciones legales no consideran como familiares nada más que a las personas que convivan con el asegurado, se considerará cumplido este requisito, si estas personas están principalmente a cargo del trabajador.

11. „Hinterbliebener“

eine Person, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften als solche bestimmt oder anerkannt ist, soweit dieses Abkommen nicht etwas anderes bestimmt; wird nach diesen Rechtsvorschriften eine solche Person jedoch nur dann als Hinterbliebener angesehen, wenn sie mit dem verstorbenen Versicherten in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat, so gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn der Unterhalt der betreffenden Person überwiegend von dem Versicherten bestritten worden ist;

12. „Beschäftigung“

eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

13. „Versicherungszeit“

eine Beitragszeit oder eine gleichgestellte Zeit gemäß den anzuwendenden Rechtsvorschriften;

14. „Beitragszeit“

eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Beiträge für die betreffende Leistung wirksam entrichtet worden sind oder als entrichtet gelten;

15. „Gleichgestellte Zeit“

eine Ersatzzeit, Ausfallzeit, Zurechnungszeit oder sonstige Zeit, soweit sie nach den deutschen oder spanischen Rechtsvorschriften einer Beitragszeit gleichgestellt ist;

16. „Leistung“ oder „Rente“

eine Leistung oder Rente einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen, sowie Beitrags-erstattungen;

17. „Familienleistungen“

in bezug auf Spanien die Geldleistungen zum Schutz der Familie gemäß Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz A Nummer 1 Buchstabe e;

in bezug auf die Bundesrepublik das in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz B Buchstabe d genannte Kindergeld.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen findet Anwendung

A. in Spanien:

1. auf die Rechtsvorschriften des Allgemeinen Systems der Sozialen Sicherheit betreffend:
 - a) Mutterschaft, allgemeine Krankheit oder Berufskrankheit, vorübergehende Arbeitsunfähigkeit und Unfälle, ob Arbeitsunfälle oder nicht,
 - b) vorübergehende oder dauernde Invalidität,
 - c) Alter,
 - d) Tod und Hinterbliebene,
 - e) Schutz der Familie,
 - f) Umschulung und Rehabilitation von Behinderten,
 - g) soziale Betreuung und Sozialdienste;
2. auf die Rechtsvorschriften über die Sondersysteme, soweit sie sich auf die in Nummer 1 genannten Bereiche beziehen, für:
 - a) Erwerbstätige in der Landwirtschaft,
 - b) Seeleute,

11. „Superviviente“

Toda persona definida o admitida como tal por las disposiciones legales aplicables, salvo que el presente Convenio disponga otra cosa; sin embargo, si estas disposiciones legales no consideran como supervivientes nada más que a las personas que han convivido con el trabajador fallecido, se considerará cumplido este requisito, si el superviviente ha estado principalmente a cargo del trabajador fallecido.

12. „Empleo“

Toda ocupación o actividad a la que se refieren las disposiciones legales aplicables.

13. „Período de seguro“

Todo período de cotización y equivalentes, según las disposiciones legales aplicables.

14. „Período de cotización“

Todo período en el que, conforme a las disposiciones legales de un Estado contratante, se hayan satisfecho, efectivamente, o se consideren satisfechas las cotizaciones relativas a las prestaciones correspondientes.

15. „Período equivalente“

Todo período sustitutivo, exento de cotización, complementario, o cualquier otro período que por las disposiciones legales alemanas o españolas esté equiparado a un período de cotización.

16. „Prestación“ o „pensión“

Toda prestación o pensión, con inclusión de todos los suplementos, complementos y aumentos, así como devolución de cuotas.

17. „Prestaciones familiares“

Por lo que se refiere a España, las prestaciones económicas de protección familiar mencionadas en el artículo 2, apartado 1, inciso A, número 1, letra e).

Por lo que se refiere a la República Federal, el subsidio familiar mencionado en el artículo 2, apartado 1, inciso B, letra d) (Kindergeld).

Artículo 2

1. El presente Convenio se aplicará:

A) En España:

- 1) A las disposiciones legales del Régimen General de la Seguridad Social relativa a:
 - a) Maternidad, enfermedad común o profesional, incapacidad laboral transitoria y accidentes, sean o no de trabajo
 - b) Invalidez provisional o permanente
 - c) Vejez
 - d) Muerte y supervivencia
 - e) Protección a la familia
 - f) Reeducación y rehabilitación de inválidos
 - g) Asistencia social y servicios sociales.
- 2) A las disposiciones legales sobre los Regímenes Especiales siguientes, por lo que respecta a las contingencias a que se refiere el inciso A, número 1:
 - a) A los trabajadores agrícolas
 - b) A los trabajadores del mar

- c) Arbeitnehmer im Kohlenbergbau,
- d) Eisenbahner,
- e) Selbständige,
- f) Hausangestellte,
- g) Handelsvertreter,
- h) Künstler,
- i) Schüler und Studenten,
- j) Schriftsteller,
- k) Stierkämpfer;

B. in der Bundesrepublik auf die Rechtsvorschriften über:

- a) die Krankenversicherung,
- b) die Unfallversicherung,
- c) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
- d) das Kindergeld,
- e) die Altershilfe für Landwirte.

(2) Soweit nicht die Absätze 3 und 4 etwas anderes bestimmen, findet das Abkommen auch auf die Rechtsvorschriften Anwendung, welche die in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Das Abkommen findet auch Anwendung

- a) auf Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit, wenn die Vertragsstaaten dies vereinbaren,
- b) auf Rechtsvorschriften, die das bestehende Recht auf neue Personengruppen ausdehnen, sofern nicht hiergegen der Vertragsstaat binnen drei Monaten nach Eingang der in Artikel 45 Absatz 4 Buchstabe b vorgesehenen Mitteilung bei dem anderen Vertragsstaat Einwendungen erhebt.

(4) Dieses Abkommen ist nicht anzuwenden auf Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Dieses Abkommen gilt, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, für

1. Staatsangehörige der Vertragsstaaten sowie für ihre Angehörigen und Hinterbliebenen ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, soweit sie ihre Rechte von solchen Staatsangehörigen herleiten;
2. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954 (New Yorker Abkommen) und Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Abkommen) sowie des Artikels 1 des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, sowie ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, wenn die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates solche Personen in den Anwendungsbereich der Sozialen Sicherheit einschließen.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 3 Nummer 1 genannten Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen sind vorbehaltlich des Artikels 54 in

- c) A los trabajadores de la minería del carbón
- d) A los trabajadores ferroviarios
- e) A los trabajadores autónomos
- f) A los servidores domésticos
- g) A los representantes de comercio
- h) A los artistas
- i) A los estudiantes
- j) A los escritores de libros
- k) A los toreros.

B) En la República Federal, a las disposiciones legales sobre:

- a) El seguro de enfermedad
- b) El seguro de accidentes
- c) El seguro de pensiones de los obreros, el seguro de pensiones de los empleados, el seguro de pensiones de los mineros y el seguro complementario de pensiones a los trabajadores minero-metalúrgicos
- d) El subsidio familiar
- e) El subsidio de vejez para los agricultores.

2. Salvo lo dispuesto en los apartados 3 y 4 del presente artículo, el Convenio será también de aplicación a las disposiciones legales que refundan, modifiquen o completen las disposiciones a que se refiere el apartado 1.

3. El Convenio también se aplicará:

- a) A las disposiciones legales sobre una nueva rama de la Seguridad Social, si los dos Estados contratantes convienen en ello.
- b) A las disposiciones legales que amplíen el derecho vigente a nuevos grupos de personas, siempre que uno de los Estados contratantes no haya formulado objeción alguna al respecto ante el otro Estado, dentro de los tres meses siguientes a la recepción del informe prevenido en el artículo 45, apartado 4, letra b).

4. El presente Convenio no se aplicará a las disposiciones legales sobre Seguridad Social derivadas de convenios internacionales o de derecho supraestatal, o a las adoptadas para la aplicación de los mismos.

Artículo 3

Salvo lo dispuesto en los artículos 7 y 8, el presente Convenio se aplicará:

1. A los súbditos de uno de los Estados contratantes, así como a sus familiares y supervivientes, cualquiera que sea su nacionalidad, cuando sus derechos se deriven de un súbdito de uno de los dos Estados contratantes.
2. A las personas, sus familiares y supervivientes que tengan la condición jurídica de apátridas, de conformidad con el artículo 1 del Convenio de Nueva York de 28 de septiembre de 1954, o de refugiados en el sentido del artículo 1 del Convenio de Ginebra de 28 de julio de 1951 y del artículo 1 del Protocolo de 31 de enero de 1967, sobre el Estatuto jurídico para los refugiados, siempre que las disposiciones legales de uno de los Estados contratantes comprendan a tales personas en el campo de aplicación de su Seguridad Social.

Artículo 4

1. Tanto los súbditos de uno de los Estados contratantes a que se refiere el artículo 3, número 1, como sus familiares y supervivientes, estarán equiparados a los

ihren Rechten und Pflichten aus den Rechtsvorschriften des anderen Staates dessen Staatsangehörigen gleichgestellt.

(2) Absatz 1 gilt auch für die in Artikel 3 Nummer 2 genannten Personen, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

Artikel 5

Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Entstehung von Ansprüchen oder die Gewährung und Zahlung von Leistungen oder Leistungsteilen davon abhängt, daß die betreffende Person sich im Inland aufhält, steht der Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates dem Inlandsaufenthalt gleich, soweit nicht dieses Abkommen etwas anderes bestimmt.

Artikel 6

Soweit nicht die Artikel 7 bis 9 etwas anderes bestimmen, unterliegen Personen, die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates beschäftigt sind, sowie deren Arbeitgeber den dort geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 7

(1) Wird eine Person, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aufhält und bei einem Arbeitgeber beschäftigt ist, der dort einen Betriebssitz hat oder sich dort gewöhnlich aufhält, im Laufe ihrer Beschäftigung zur Arbeitsleistung in das Hoheitsgebiet des anderen Staates entsandt, so finden die Rechtsvorschriften des ersten Staates für die Dauer von zwei Jahren, beginnend mit dem Tag der Ankunft im Hoheitsgebiet des zweiten Staates, auf sie Anwendung, als ob sie im Hoheitsgebiet des ersten Staates beschäftigt wäre. Wird ihre Beschäftigung im Hoheitsgebiet des zweiten Staates über diesen Zeitraum hinaus fortgesetzt, so finden die Rechtsvorschriften des ersten Staates weiter Anwendung, sofern der Arbeitgeber dies vor Ablauf der zwei Jahre beantragt hat und die zuständige Behörde des zweiten Staates oder die von ihr bestimmte Stelle im Benehmen mit der zuständigen Behörde des ersten Staates oder der von ihr bestimmten Stelle zustimmt. Überschreitet die Beschäftigung im Hoheitsgebiet des zweiten Staates den von der zuständigen Behörde dieses Staates oder der von ihr bestimmten Stelle genehmigten Zeitraum, so finden mit Ablauf dieses Zeitraumes die Rechtsvorschriften des zweiten Staates Anwendung.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn die Person, die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates selbständig erwerbstätig ist, in Ausübung dieses Erwerbs vorübergehend im Hoheitsgebiet des anderen Staates tätig wird.

(3) Personen, die von einem Straßentransportunternehmen, das seinen Sitz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates hat, teils auf dem Hoheitsgebiet des einen, teils auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates beschäftigt werden, unterliegen den Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat.

(4) Die Mitglieder des fliegenden Personals eines Luftfahrtunternehmens, das seinen Sitz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates hat, unterliegen den Rechtsvorschriften dieses Staates.

(5) Dieser Artikel gilt ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen. Bestimmen jedoch die nach den Absätzen 1 bis 4 anzuwendenden Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, daß fremde Staatsangehörige oder Staatenlose dem in diesem Staat bestehenden System der Sozialen Sicherheit, oder einem

súbditos del otro Estado, en los derechos y obligaciones dimanantes de sus disposiciones legales, salvo lo que determine el artículo 54.

2. En cuanto a las personas a que se refiere el número 2 del artículo 3 les será de aplicación lo dispuesto en el apartado anterior, siempre que residan habitualmente en el territorio de uno de los Estados contratantes.

Artículo 5

Cuando las disposiciones legales de uno de los Estados contratantes hicieran depender el nacimiento del derecho o la concesión y pago de prestaciones, en todo o en parte, del hecho de que la persona de que se trate se halle en su territorio nacional, la residencia en el territorio del otro Estado contratante será equiparada a la residencia en el territorio nacional, salvo que el presente Convenio dispusiere otra cosa.

Artículo 6

Salvo lo dispuesto en los artículos 7 a 9, las personas empleadas en el territorio de uno de los Estados contratantes, así como sus empresarios, estarán sometidos a las disposiciones legales vigentes en dicho Estado.

Artículo 7

1. Si una persona, residente habitual en el territorio de un Estado contratante y empleada por un empresario con residencia habitual en este Estado o cuya sede se encuentre en el mismo, fuera enviada durante su empleo para trabajar al territorio del otro Estado, se le aplicarán, por espacio de dos años, a partir del día de la llegada al territorio del segundo Estado, las disposiciones legales del primero, de igual modo que si continuara empleada en el territorio de éste. Si la duración de su empleo en el territorio del segundo Estado excediera de dicho bienio, continuarán aplicándose las disposiciones legales del primer Estado, siempre que el empresario lo hubiera solicitado antes de transcurrir los dos años y acceda a ello la Autoridad competente del segundo Estado o el Organismo determinado por la misma, de acuerdo con la Autoridad competente del primer Estado o con el Organismo determinado por éste. Cuando la duración del empleo en el territorio del segundo Estado excediera del período permitido por la Autoridad competente de dicho Estado o por el Organismo determinado por ésta, se aplicarán, una vez transcurrido el antedicho período, las disposiciones legales del segundo Estado.

2. Cuando la persona que trabajare por cuenta propia en el territorio de un Estado contratante se traslade temporalmente al territorio del otro Estado, en el que desempeñe igual actividad, se aplicará por analogía lo previsto en el apartado 1.

3. Las personas pertenecientes a una empresa de transportes por carretera que tenga su sede en el territorio de un Estado contratante y que se hallaren empleadas, bien en el territorio de un Estado contratante, bien en el territorio del otro, estarán sujetas a las disposiciones legales del Estado en el cual tenga la empresa su sede.

4. Los miembros del personal de vuelo de una empresa aérea, que tenga su sede en el territorio de un Estado contratante, estarán sujetos a las disposiciones legales de éste.

5. El presente artículo será de aplicación cualquiera que fuese la nacionalidad de la persona de que se trate. No obstante, si de conformidad con los apartados 1 a 4, las disposiciones legales aplicables de uno de los Estados contratantes establecieran la exclusión de los súbditos extranjeros o apátridas del sistema de Seguridad Social

Zweig oder einigen Zweigen dieses Systems nicht angehören, so bleiben diese Bestimmungen unberührt, soweit es sich um Personen handelt, die nicht Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind.

Artikel 8

(1) Die Besatzung eines Schiffes, das die Flagge eines Vertragsstaates führt, unterliegt den Rechtsvorschriften dieses Staates. Personen, die in einem Hafen eines Vertragsstaates an Bord eines Schiffes, das die Flagge des anderen Staates führt, mit Lade-, Lösch- oder Ausbesserungsarbeiten oder mit der Beaufsichtigung solcher Arbeiten beschäftigt werden, unterliegen den Rechtsvorschriften des Staates, zu dessen Hoheitsgebiet der Hafen gehört.

(2) Erhält eine Person, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aufhält und vorübergehend an Bord eines Schiffes, das die Flagge des anderen Staates führt, beschäftigt ist, ihr Entgelt von einer Person oder einem Unternehmer, die ihren Betriebssitz im Hoheitsgebiet des ersten Staates haben und nicht Eigentümer des Schiffes sind, so finden auf diese Personen die Rechtsvorschriften des ersten Staates Anwendung. Die Person oder das Unternehmen, die das Entgelt zahlen, gelten als Arbeitgeber im Sinne dieser Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 7 Absatz 5 findet Anwendung.

Artikel 9

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Dienst dieses Staates im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt und hat er sich dort nicht dauernd niedergelassen, so finden auf ihn die Rechtsvorschriften des ersten Staates Anwendung, als ob er in dessen Hoheitsgebiet an dem Ort beschäftigt wäre, an dem die Regierung dieses Staates ihren Sitz hat.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Dienst dieses Staates im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt und hat er sich dort dauernd niedergelassen, so kann er binnen vier Wochen nach Beginn der Beschäftigung wählen, ob die Rechtsvorschriften des ersten oder des zweiten Staates auf ihn anzuwenden sind; wählt er die Anwendung der Rechtsvorschriften des ersten Staates, so wird er behandelt, als ob er in dessen Hoheitsgebiet an dem Ort beschäftigt wäre, an dem die Regierung dieses Staates ihren Sitz hat. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten rückwirkend vom Tage des Beginns der Beschäftigung an. Solange die Wahl nicht ausgeübt wird, gilt Artikel 6.

(3) Absatz 2 gilt auch, wenn ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Hoheitsgebiet des anderen Staates von einem Angehörigen der diplomatischen oder einer konsularischen Vertretung des ersten Staates in persönlichen Diensten beschäftigt wird.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten nicht für einen Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, der von einem Wahlkonsul beschäftigt wird.

(5) Soweit nicht die Absätze 2 und 3 etwas anderes bestimmen, unterliegen Bedienstete der öffentlichen Verwaltung, die aus einem Vertragsstaat in das Hoheitsgebiet des anderen Staates entsandt werden, den Rechtsvorschriften des ersten Staates.

Artikel 10

Die zuständigen Behörden können auf Antrag der betreffenden Personen im gegenseitigen Einvernehmen zulassen, daß von den Artikeln 6 bis 9 abgewichen wird.

Artículo 8

1. La tripulación de un buque abanderado en uno de los Estados contratantes se registrará por las disposiciones legales de dicho Estado. Las personas que en un puerto de un Estado contratante sean empleadas a bordo de un buque abanderado en el otro Estado, en trabajos de carga, descarga y reparaciones, o en la inspección de dichos trabajos, se registrarán por las disposiciones legales del Estado a cuyo territorio pertenezca el puerto.

2. Si una persona residente habitual en el territorio de un Estado contratante se hallare trabajando provisionalmente a bordo de un buque abanderado en el otro Estado y percibiere su retribución de persona o empresa que tenga su sede en el territorio del primer Estado no siendo propietario del buque, se aplicarán a dicha persona las disposiciones legales del primer Estado. Se considerará a la persona o a la empresa que pague dicha retribución como empresario en el sentido de tales disposiciones legales.

3. Será de aplicación al presente artículo lo dispuesto en el apartado 5 del artículo 7.

Artículo 9

1. Si un súbdito de un Estado contratante estuviera empleado al servicio de este Estado en el territorio del otro Estado contratante, y no se ha establecido allí permanentemente, se le aplicarán las disposiciones legales del primer Estado como si estuviera empleado en el territorio de éste en el lugar en que tenga su sede el Gobierno de dicho Estado.

2. Si un súbdito de un Estado contratante estuviera empleado al servicio del mismo en el territorio del otro Estado contratante y se hubiere establecido en este último de modo permanente, podrá dentro del plazo de cuatro semanas, a partir del comienzo del empleo, optar entre la aplicación al mismo de las disposiciones legales del primer Estado o la aplicación de las disposiciones legales del segundo; si optara por la aplicación de las disposiciones legales del primer Estado, se le tratará como si estuviere empleado en el territorio en que tenga su sede el Gobierno de dicho Estado. Las disposiciones legales por cuya aplicación se haya optado surtirán efecto retroactivo desde el día en que se inicie el empleo. En tanto no se ejercite la elección, se aplicará el artículo 6.

3. Asimismo será de aplicación el apartado 2 cuando un súbdito de un Estado contratante esté empleado en el territorio del otro al servicio personal de un miembro de la representación diplomática o de una representación consular del primer Estado.

4. Los apartados 2 y 3 no serán de aplicación a los súbditos de un Estado contratante empleados por un cónsul honorario.

5. En tanto en cuanto no dispusieran otra cosa los apartados 2 y 3, el personal de la Administración pública enviado por un Estado contratante al territorio del otro Estado estará sujeto a las disposiciones legales del primer Estado.

Artículo 10

A petición de los interesados las Autoridades competentes podrán admitir, de común acuerdo, excepciones a lo previsto en los artículos 6 a 9.

Artikel 11

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß eine Leistung der Sozialen Sicherheit beim Zusammentreffen mit anderen Leistungen der Sozialen Sicherheit oder mit anderen Einkünften oder wegen Ausübung einer Beschäftigung wegfällt, gekürzt oder zum Ruhen gebracht wird oder daß ein Anspruch auf eine Leistung der Sozialen Sicherheit oder das Recht zur freiwilligen Versicherung nicht gegeben ist, solange die betreffende Person eine Beschäftigung ausübt oder in einem System der Sozialen Sicherheit oder in einer Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen (Renten) pflichtversichert ist, so gelten vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 diese Vorschriften auch, wenn es sich um gleichartige Leistungen aus einem System der Sozialen Sicherheit des anderen Vertragsstaates oder um Einkünfte, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bezogen werden, oder um eine dort ausgeübte Beschäftigung oder um eine Pflichtversicherung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates handelt. Wären in den Fällen, in denen eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates mit einer Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zusammentrifft, beide Leistungen zu kürzen oder zum Ruhen zu bringen, so darf jede dieser Leistungen nur bis zur Hälfte des Betrages gekürzt oder zum Ruhen gebracht werden, um den die Leistung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen sie geschuldet wird, gekürzt oder zum Ruhen gebracht würde.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn Renten gleicher Art zusammentreffen, die nach den Artikeln 22 bis 27 erworben sind.

(3) Wäre nach Absatz 1 eine Invaliditäts-, Alters- oder Hinterbliebenenrente, die nach Artikel 22 festgestellt worden ist, zu kürzen oder zum Ruhen zu bringen, so ist für die Kürzung oder das Ruhen nur der Teil der anderen Leistungen, Einkünfte oder Arbeitsentgelt zu berücksichtigen, der dem in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe b bezeichneten Verhältnis der zurückgelegten Zeiten entspricht.

(4) Trifft eine nach den deutschen Rechtsvorschriften zu gewährende Invaliditäts- oder Altersrente mit einer Rente zusammen, die nach den spanischen Rechtsvorschriften für einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit gewährt wird, so wird bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften nur die für die Berechnung der deutschen Rente maßgebende Rentenbemessungsgrundlage berücksichtigt.

Abschnitt II

Krankenversicherung

(Versicherung für den Fall der Krankheit,
der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld)

Artikel 12

(1) Sind Versicherungszeiten Voraussetzung für einen Leistungsanspruch, so werden die in beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zusammen gerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(2) Ist nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates ein Leistungsanspruch auch gegeben, wenn der Versicherungsfall innerhalb einer bestimmten Frist nach dem Ausscheiden aus der spanischen Sozialversicherung oder aus der deutschen Krankenversicherung eintritt, so gelten diese Vorschriften, wenn eine Person wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit oder deshalb ausgeschieden ist, um in dem Hoheitsgebiet des anderen Staates eine

Artículo 11

1. Si en virtud de las disposiciones legales de un Estado contratante una prestación de la Seguridad Social se extingue, reduce o suspende, bien por coincidir con otras prestaciones de la Seguridad Social, con otros ingresos o con el ejercicio de una actividad o si dichas disposiciones no confieren derecho a prestación de la misma, ni derecho al seguro voluntario mientras la persona interesada ejerza una actividad o esté asegurada obligatoriamente en un régimen de la Seguridad Social o en un seguro de pensiones de invalidez, vejez y supervivencia, serán de aplicación las disposiciones legales antes mencionadas, salvo lo que determinan los apartados 2 y 3 de este artículo, siempre y cuando se trate de prestaciones similares derivadas de un régimen de Seguridad Social del otro Estado contratante, de ingresos que se perciban en el territorio de éste, de una actividad en él ejercida o de un seguro obligatorio según las disposiciones del mismo. En los casos en que una prestación, según las disposiciones legales de un Estado contratante, coincida con una prestación según las disposiciones legales del otro Estado y debieran reducirse o suspenderse ambas prestaciones, se podrá reducir o suspender cada una de estas prestaciones únicamente hasta la mitad del importe por el que se reduciría o suspendería la prestación según las disposiciones legales del Estado contratante que deba conceder la prestación.

2. No será de aplicación el apartado 1 cuando coincidan pensiones de la misma naturaleza obtenidas de conformidad con lo que determinan los artículos 22 a 27.

3. Si de conformidad con lo previsto en el apartado 1 procediera reducir o suspender una pensión de invalidez, vejez o supervivencia, fijada de conformidad con lo establecido en el artículo 22, sólo podrá ser tomada en cuenta para tal reducción o suspensión aquella parte de las otras prestaciones, ingresos o remuneraciones que corresponda a la proporción entre los períodos cubiertos, establecida en el artículo 22, apartado 3, letra b).

4. Cuando una pensión de invalidez o de vejez que deba concederse según las disposiciones legales alemanas coincida con una pensión por accidente que se conceda con arreglo a las disposiciones legales españolas por un accidente laboral o enfermedad profesional, sólo se tendrá en cuenta para la aplicación de las disposiciones legales alemanas, la base reguladora del Seguro de Pensiones para el cálculo de la pensión alemana.

Título II

Enfermedad, maternidad y muerte

(Subsidio por defunción)

Artículo 12

1. Siempre que los períodos de seguro constituyan requisito previo para tener derecho a una prestación, se sumarán los períodos de seguro en ambos Estados contratantes, en la medida que no se superpongan.

2. Si las disposiciones legales de un Estado contratante conceden derecho a una prestación cuando el hecho causante se produce dentro de un determinado plazo, después de la baja en la Seguridad Social española o en el Seguro de Enfermedad alemán, tales disposiciones se aplicarán cuando una persona haya causado baja, por paro involuntario o para aceptar en el territorio del otro Estado un empleo que le haya sido ofrecido, incluso

ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen; dies gilt auch dann, wenn der Versicherungsfall innerhalb von 21 Tagen nach dem Ausscheiden aus der Versicherung in dem Hoheitsgebiet des zweiten Staates eintritt, es sei denn, daß die Person bereits nach den Rechtsvorschriften des zweiten Staates einen Leistungsanspruch erworben hat.

Artikel 13

(1) Eine Person, die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates versichert ist und sich gewöhnlich dort aufhält, erhält bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Staates Leistungen, wenn ihr Zustand sofortige ärztliche Betreuung notwendig macht.

(2) Hat eine Person, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aufhält, gegen einen Träger dieses Staates einen Anspruch auf Leistungen bei Krankheit oder Mutterschaft, und begibt sie sich nach Eintritt des Versicherungsfalles in das Hoheitsgebiet des anderen Staates, so behält sie ihren Anspruch, sofern der Träger vorher der Verlegung des Aufenthaltes zugestimmt hat. Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, falls die Voraussetzungen dafür vorliegen und der Versicherte die Zustimmung aus entschuldigen Gründen vorher nicht einholen konnte. Für Leistungen bei Mutterschaft kann die Zustimmung schon vor Eintritt des Versicherungsfalles erteilt werden. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn eine Aufenthaltsverlegung des Betroffenen dessen Gesundheitszustand gefährden oder die Durchführung der ärztlichen Behandlung in Frage stellen würde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Angehörige eines Versicherten, die sich vorübergehend im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder sich nach Eintritt der Krankheit oder der Mutterschaft in das Hoheitsgebiet des anderen Staates begeben.

Artikel 14

(1) Halten sich Angehörige einer Person, die bei einem Träger eines Vertragsstaates versichert ist, gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates auf, so erhalten sie nach Maßgabe des Artikels 16 Leistungen. Satz 1 gilt nicht, solange die Angehörigen die Leistungen aus eigener Versicherung oder aus der Versicherung einer Person erhalten, die im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, in dem die Angehörigen sich aufhalten, versichert ist.

(2) Die in Absatz 1 genannten Personen und Angehörigen müssen dem Träger des Ortes, an dem die Angehörigen sich gewöhnlich aufhalten, von jeder Änderung in ihren Verhältnissen, die ihren Anspruch auf Leistungen berühren könnte, unterrichten, insbesondere, wenn das Versicherungsverhältnis endet oder die Person oder einer ihrer Angehörigen ihren Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verlegt.

(3) Verlegen die Angehörigen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat, so erhalten sie Leistungen nach den von diesem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für die Angehörigen der in Artikel 15 Absätze 1 und 2 genannten Personen.

Artikel 15

(1) Hält sich eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Rente oder eine dieser gleichgestellte Leistung erhält oder die Voraussetzungen für deren Bezug erfüllt und sie beantragt hat, ge-

quando el hecho causante se produzca en el territorio del segundo Estado dentro de los 21 días siguientes al de la baja en el seguro, salvo que tal persona haya adquirido el derecho a la prestación de acuerdo con las disposiciones legales del segundo Estado.

Artículo 13

1. La persona que esté asegurada y resida, habitualmente, en el territorio de un Estado contratante, recibirá prestaciones durante una estancia temporal en el territorio del otro Estado, cuando su estado de salud requiera urgente asistencia médica.

2. Si una persona con residencia habitual en el territorio de un Estado contratante tuviera derecho a una prestación por enfermedad o maternidad de un Organismo de este Estado y después de ocurrir el hecho causante de la prestación trasladase su residencia al territorio del otro Estado, conservará aquel derecho, siempre que el Organismo haya autorizado, previamente, el traslado de su residencia. Dicha autorización podrá otorgarse con posterioridad, cuando se den los supuestos precisos para ello y no hubiese podido el asegurado obtenerla con anterioridad, por razones justificadas. Por lo que se refiere a las prestaciones de maternidad podrá concederse la autorización antes de que ocurra el hecho causante de las prestaciones. La autorización solamente podrá ser denegada cuando el cambio de residencia del interesado pudiese en peligro su estado de salud o plantearse problemas en la aplicación del tratamiento médico.

3. Lo establecido en los apartados anteriores se aplicará, por analogía, a los familiares de un asegurado que se hallen temporalmente en el territorio del otro Estado contratante o que, después de la enfermedad o el parto, se dirijan al territorio del mismo.

Artículo 14

1. Los familiares de una persona que esté asegurada en un Organismo de uno de los Estados contratantes, percibirán prestaciones a tenor de lo dispuesto en el artículo 16, cuando residan habitualmente en el territorio del otro Estado contratante. Lo establecido anteriormente no será de aplicación cuando los familiares perciban prestaciones derivadas de su propio seguro o del seguro de una persona asegurada en el territorio del Estado contratante en el que los familiares residan.

2. Las personas y familiares a las que se refiere el apartado 1 deberán informar al Organismo del lugar en el que habitualmente residan los familiares acerca de toda modificación que se produzca en su situación y que pudiera afectar el derecho al percibo de prestaciones por éstos, especialmente cuando finalice la situación de asegurado o cuando la persona o uno de sus familiares traslade su residencia al territorio del otro Estado contratante.

3. Si los familiares trasladaran su residencia habitual al territorio del Estado contratante en el que el Organismo competente tenga su sede, recibirán las prestaciones de acuerdo con las disposiciones legales aplicables por este Organismo.

4. Los apartados 1 a 3 no serán de aplicación a los familiares de las personas mencionadas en los apartados 1 y 2 del artículo 15.

Artículo 15

1. Si una persona que, conforme a las disposiciones legales de un Estado contratante, percibiere una pensión o prestación asimilada a ella o la hubiere solicitado cumpliendo las condiciones requeridas para percibirla, resi-

wöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Staates auf, so bestimmen sich ihre Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung sowie ihr Anspruch auf Leistungen für sich und ihre Angehörigen nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates, als ob sie sich in dessen Hoheitsgebiet gewöhnlich aufhalten würde.

(2) Hält sich eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Renten oder diesen gleichgestellte Leistungen erhält oder die Voraussetzungen dafür erfüllt und sie beantragt hat, gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates auf, so bestimmen sich ihre Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung sowie ihr Anspruch auf Leistungen für sich und die Angehörigen, die sich im Hoheitsgebiet dieses Staates aufhalten, nach den Rechtsvorschriften dieses Staates.

(3) Die in Absatz 1 bezeichnete Person muß dem Träger ihres Aufenthaltsortes von jeder Änderung in ihren Verhältnissen, die den Anspruch auf Leistungen berühren könnte, unterrichten, insbesondere, wenn die Rente wegfällt oder ruht, oder wenn die Person oder einer ihrer Angehörigen ihren oder seinen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verlegt.

(4) Halten sich Angehörige einer in Absatz 2 genannten Person gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates auf, so erhalten sie von dem Träger des Aufenthaltsortes Leistungen, als ob die Person an diesem Ort ihren gewöhnlichen Aufenthalt hätte.

(5) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen und ihre Angehörigen erhalten bei vorübergehendem Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Sachleistungen von dem Träger des Ortes, an dem sie sich vorübergehend aufhalten, nach den von diesem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht, solange die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Personen eine Beschäftigung ausüben, auf Grund deren sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich aufhalten, für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes (Sterbegeld) versichert sind.

Artikel 16

(1) In den Fällen des Artikels 7, des Artikels 8, des Artikels 9 Absätze 1 und 2, des Artikels 10, des Artikels 12 Absatz 2, des Artikels 13, des Artikels 14 und des Artikels 15 Absatz 1 werden die Leistungen nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 gewährt, solange die betreffende Person sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält.

(2) Die Sachleistungen werden nach folgenden Regeln gewährt:

- a) Ausmaß sowie Art und Weise der Leistungsgewährung bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften, die für den Träger des Aufenthaltsortes gelten; die Dauer der Leistungsgewährung dagegen richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die für den zuständigen Träger gelten. Der Kreis der anspruchsberechtigten Angehörigen, die in einem Vertragsstaat ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, richtet sich nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates;
- b) Körperersatzstücke, größere Hilfsmittel und andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung dürfen nur gewährt werden, wenn der zuständige Träger vorher zugestimmt hat. Dies gilt nicht für Fälle unbedingter Dringlichkeit;
- c) Personen und Einrichtungen, die mit den Trägern des Aufenthaltsortes Verträge über die Gewährung von Sachleistungen an die bei diesen Trägern Versicherten

diera habitualmente en el territorio del otro Estado, sus obligaciones y derechos en el seguro, así como el derecho a prestaciones para sí y para sus familiares, se determinarán con arreglo a las disposiciones legales del primer Estado, como si residiera habitualmente en su territorio.

2. Si una persona que, conforme a las disposiciones legales de ambos Estados contratantes, percibiera pensiones o prestaciones asimiladas o las hubiera solicitado cumpliendo las condiciones requeridas para percibirlas, residiera habitualmente en el territorio de uno de los Estados contratantes, sus obligaciones y derechos en el seguro, así como el derecho a prestaciones para sí y para sus familiares que residan en el territorio de este Estado, se determinarán con arreglo a las disposiciones legales de dicho Estado.

3. La persona a la que se refiere el apartado 1 deberá informar al Organismo del lugar de residencia acerca de toda modificación que se produzca en su situación y que pudiera afectar el derecho al percibo de prestaciones, especialmente cuando la pensión se extinga o suspenda o cuando la persona o uno de sus familiares traslade su residencia al territorio del otro Estado contratante.

4. Si los familiares de una persona de las comprendidas en el apartado 2 residieran habitualmente en el territorio del otro Estado contratante, percibirán prestaciones del Organismo del lugar de residencia como si dicha persona tuviera su residencia habitual en este lugar.

5. Las personas a que se refieren los apartados 1 y 2, así como sus familiares, recibirán, durante su permanencia temporal en el territorio del otro Estado, prestaciones sanitarias del Organismo del lugar en el que residan temporalmente, según las disposiciones legales aplicables por el mismo.

6. Los apartados 1 a 5 no serán de aplicación cuando las personas a las que se refieren los apartados 1 y 2 desempeñaran una ocupación, de conformidad con las disposiciones legales del Estado contratante en cuyo territorio residan habitualmente, y se hallaran aseguradas para las contingencias de enfermedad, maternidad y muerte (subsido de defunción).

Artículo 16

1. En los casos previstos en los artículos 7, 8, 9 (apartados 1 y 2), 10, 12 (apartado 2), 13, 14 y 15 (apartado 1), se concederán las prestaciones a tenor de lo dispuesto en los apartados 2 y 3 del presente artículo mientras la persona de referencia resida en el territorio del otro Estado contratante.

2. Las prestaciones sanitarias se concederán de conformidad con las reglas siguientes:

- a) La extensión y modalidades para el servicio de las prestaciones, se determinarán con arreglo a las disposiciones legales aplicables por el Organismo del lugar de residencia, sin embargo, su duración será la prevista por la legislación aplicable por el Organismo competente. La determinación de los familiares con derecho a prestaciones que tengan su residencia habitual en el territorio de un Estado contratante, se establecerá según las disposiciones legales de este Estado.
- b) Las prótesis, grandes aparatos y otras prestaciones sanitarias de particular importancia sólo podrán concederse cuando previamente haya dado su consentimiento el Organismo competente. No se aplicará esta norma cuando se trate de casos de urgencia absoluta.
- c) Las personas o Instituciones que hayan concertado acuerdos con los Organismos del lugar de residencia sobre concesión de prestaciones sanitarias a los ase-

und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, nach Maßgabe dieser Verträge die Sachleistungen zu gewähren.

(3) Die Geldleistungen werden von dem zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gewährt und können auf Ersuchen des zuständigen Trägers für dessen Rechnung von den Trägern des Aufenthaltsortes ausbezahlt werden.

Artikel 17

In den Fällen des Artikels 16 ist der zuständige Träger verpflichtet, dem Träger des Aufenthaltsortes, der die Sach- oder Geldleistungen für ihn gewährt hat, die Aufwendungen zu erstatten. Die Kostenerstattungen erfolgen nach Maßgabe der Zusatzvereinbarung entweder gegen Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen oder unter Zugrundelegung von Pauschalbeträgen.

Artikel 18

Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Höchstdauer für die Leistungsgewährung vor, so wird die Zeit, in der für denselben Fall der Krankheit oder Mutterschaft Leistungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates gewährt worden sind, von dem zuständigen Träger auf die Höchstdauer angerechnet.

Artikel 19

Wären für denselben Versicherungsfall nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Sachleistungen und von dem Arbeitsentgelt unabhängige Geldleistungen, die nicht Sterbegelder sind, zu gewähren, so werden diese Leistungen lediglich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates gewährt, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält.

Artikel 20

(1) Stirbt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates versichert ist, oder einer ihrer Angehörigen in dem Hoheitsgebiet des anderen Staates, so gilt für den Anspruch auf Sterbegeld der Tod als im Hoheitsgebiet des ersten Staates eingetreten.

(2) Beantragt eine Person, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aufhält, Sterbegeld nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates, so wird sie behandelt, als ob sie sich im Hoheitsgebiet des anderen Staates aufhalten würde.

(3) Für denselben Todesfall dürfen nicht Sterbegelder nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten nebeneinander gewährt werden, es sei denn, daß die Ansprüche auf diese Sterbegelder nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unabhängig von diesem Abkommen bestehen.

(4) Der Anspruch auf Sterbegeld wird in den Fällen, in denen nach Absatz 3 eine doppelte Zahlung ausgeschlossen ist, wie folgt geregelt:

a) Tritt der Tod im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates ein, so wird die Leistung nach den Rechtsvorschriften dieses Staates gewährt, während ein nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates bestehender Anspruch erlischt;

gurances en aquellos Organismos así como a sus familiares vienen obligados, en la medida que dichos acuerdos determinen, a conceder las prestaciones sanitarias.

3. Las prestaciones económicas serán satisfechas por el Organismo competente según las disposiciones legales aplicables por el mismo y, a su instancia y cargo, podrán ser abonadas por los Organismos del lugar de residencia.

Artículo 17

En los casos previstos en el artículo 16, el Organismo competente deberá reembolsar al Organismo del lugar de residencia las cantidades abonadas por prestaciones sanitarias o económicas que éste haya satisfecho a cargo del Organismo competente. Las liquidaciones de estos gastos se efectuarán según las modalidades establecidas en el Acuerdo complementario, bien previa justificación de los gastos reales o sobre la base de importes a tanto alzado.

Artículo 18

Si las disposiciones legales de un Estado contratante previeran una duración máxima para la concesión de una prestación, el Organismo competente computará el tiempo en que, con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, hayan sido concedidas prestaciones para el mismo caso de enfermedad o maternidad.

Artículo 19

Si de acuerdo con las disposiciones legales de ambos Estados contratantes un interesado tuviera derecho, por el mismo hecho, a la concesión de prestaciones sanitarias y económicas independientes de la retribución por trabajo salvo el subsidio por defunción, tales prestaciones serán concedidas únicamente con arreglo a las disposiciones legales del Estado contratante en cuyo territorio resida habitualmente.

Artículo 20

1. Si una persona, asegurada con arreglo a las disposiciones legales de un Estado contratante, o alguno de sus familiares, falleciera en el territorio del otro Estado, se considerará la defunción como ocurrida en el territorio del primer Estado a efectos del derecho al percibo del subsidio por defunción.

2. Si una persona que se halle en el territorio de uno de los Estados contratantes solicitara el subsidio por defunción con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, será tratada, a estos efectos, como si residiera en el territorio de éste.

3. Para un mismo caso no se podrán conceder conjuntamente subsidios por defunción con arreglo a las disposiciones legales de ambos Estados contratantes, salvo en el caso de que independientemente del presente Convenio existiera el derecho al percibo de dichas indemnizaciones con arreglo a las disposiciones legales de ambos Estados contratantes.

4. En los casos en que con arreglo al apartado 3 no esté autorizado el pago por duplicado, el derecho al subsidio por defunción se regulará de la siguiente forma:

a) Si la defunción ocurriera en el territorio de un Estado contratante, se concederá la prestación con arreglo a las disposiciones legales de este Estado, extinguiéndose un derecho que pudiera corresponder con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado.

- b) tritt der Tod außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten ein, so wird die Leistung nach den Rechtsvorschriften des Staates gewährt, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person zuletzt vor ihrem Tode versichert war, während ein nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates bestehender Anspruch erlischt.

Artikel 21

Personen, die aus der spanischen Sozialversicherung ausgeschieden sind, können sich bei gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik für den Fall der Krankheit nach den deutschen Rechtsvorschriften unter denselben Bedingungen freiwillig weiterversichern wie Personen, die aus einer nach den deutschen Rechtsvorschriften für den Fall der Krankheit versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden sind. Dabei stehen die Pflichtversicherungszeiten in der spanischen Sozialversicherung den Zeiten der Pflichtversicherung bei einer deutschen Krankenkasse gleich.

Abschnitt III

Rentenversicherungen

(Versicherungen für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen)

Kapitel 1

Alter

Artikel 22

(1) War eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten versichert, so werden die Renten ausschließlich nach Maßgabe dieses Kapitels festgestellt und gewährt.

(2) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Rentenanspruchs rechnet der zuständige Träger jedes Vertragsstaates zu den Versicherungszeiten, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind, soweit notwendig, nach Maßgabe des Artikels 41 die Versicherungszeiten hinzu, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zurückgelegt und nach dessen Vorschriften zu diesem Zweck zu berücksichtigen sind. Alsdann entscheidet der zuständige Träger jedes Staates nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften, ob die Person die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt.

(3) Besteht Anspruch auf Rente, so berechnet der in Absatz 2 genannte Träger

- a) zunächst die Rente, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften und unter Berücksichtigung der Artikel 25 und 41 der betreffenden Person zustehen würde, wenn alle Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zurückgelegt wurden und nach diesen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, auch für die Berechnung der Rente zu berücksichtigende Versicherungszeiten nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften wären, wobei der deutsche Träger Beiträge zur Höherversicherung außer Ansatz läßt, und alsdann

- b) Si la defunción ocurriere fuera de los territorios de ambos Estados contratantes, se concederá la prestación con arreglo a las disposiciones legales del Estado en cuyo territorio la persona de que se trate hubiere estado asegurada, últimamente, antes de su fallecimiento, extinguiéndose el derecho que pudiera corresponder con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado.

Artículo 21

Las personas que hayan causado baja en la Seguridad Social española podrán continuar aseguradas, voluntariamente, contra las contingencias de enfermedad, en las mismas condiciones que las personas que hayan cesado en el Seguro Obligatorio alemán de Enfermedad, de acuerdo con las disposiciones alemanas, cuando residan habitualmente en el territorio de la República Federal. Los períodos de seguro obligatorio cumplidos en el Régimen de la Seguridad Social española serán equiparados a los cumplidos en una Caja de Enfermedad alemana.

Título III

Vejez, invalidez y supervivencia

Capítulo 1

Vejez

Artículo 22

1. Si una persona hubiese estado asegurada conforme a las disposiciones legales de ambos Estados contratantes, las pensiones se determinarán y concederán, exclusivamente, según las normas del presente Capítulo.

2. Para la adquisición, conservación o recuperación del derecho a una pensión, el Organismo competente de cada Estado contratante totalizará, en la medida que fuere necesario y en la forma prevista en el artículo 41 los períodos de seguro que deban computarse a tenor de las disposiciones legales internas aplicables por dicho Organismo con los períodos de seguro cumplidos en el otro Estado que conforme a las disposiciones legales del mismo deban computarse a tales efectos. Seguidamente, el Organismo competente de cada Estado resolverá, conforme a las disposiciones legales internas que haya de aplicar, si la persona de que se trate reúne o no las condiciones necesarias para tener derecho a pensión.

3. Si existiese derecho a pensión, el Organismo mencionado en el apartado 2 calculará:

- a) En primer lugar la pensión que conforme a los artículos 25 y 41 correspondería a la persona interesada según las disposiciones legales internas aplicables por dicho Organismo, en el supuesto de que todos los períodos de seguro cumplidos y computables para la pensión, según las disposiciones legales del otro Estado, fueran también a efectos del cálculo de la pensión, períodos de seguro computables por tal Organismo con sujeción a las disposiciones legales internas, sin computar el Organismo alemán las cuotas de mejora del seguro; y en segundo lugar

- b) den Teil dieser Rente, der dem Verhältnis entspricht, in dem die Gesamtheit der Versicherungszeiten, welche die Person nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften vor Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegt hat, zur Gesamtheit der Versicherungszeiten steht, welche die Person vor Eintritt des Versicherungsfalles nach den Rechtsvorschriften beider Staaten zurückgelegt hat und die bei der Berechnung der Rente nach Buchstabe a angerechnet worden sind. Dieser Betrag ist die Rente, die der Träger der betreffenden Person schuldet.
- c) Der deutsche Träger erhöht die von ihm nach Buchstabe b geschuldete Rente um den Leistungsteil, der den freiwilligen Beiträgen entspricht, welche nach Artikel 41 Buchstabe a nicht anzurechnen sind. Gleichermaßen erhöht sich die Rente um die Steigerungsbeträge für die Höherversicherung.

(4) Hat die betreffende Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Versicherungszeiten zurückgelegt, die insgesamt weniger als zwölf Monate umfassen, und gilt nach diesen Rechtsvorschriften die Wartezeit nicht als erfüllt, so gewährt der Träger dieses Staates für diese Zeiten keine Rente. In diesen Fällen wendet der Träger des anderen Staates bei der Berechnung der von ihm zu gewährenden Rente den Absatz 3 Buchstabe b nicht an.

(5) Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung von Leistungen davon abhängig, daß der Arbeitnehmer diesen Rechtsvorschriften im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles unterlag, so gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn er den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates in diesem Zeitpunkt unterlag oder, wenn er — falls dies nicht zutrifft — Ansprüche auf Leistungen aufgrund der Rechtsvorschriften des anderen Staates geltend machen kann.

Artikel 23

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Absatz 2 Anspruch auf Renten, und ist eine dieser Renten oder sind beide Renten höher als die Summe der nach Artikel 22 Absatz 3 berechneten Renten, so hat diese Person Anspruch darauf, daß die vorgenannte Summe der Renten um den Unterschiedsbetrag zwischen dieser Summe und der höchsten Rente erhöht wird.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 sind die zuständigen Träger beider Vertragsstaaten verpflichtet, dem Versicherten den errechneten Unterschiedsbetrag nach dem Verhältnis gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe b zu zahlen, jedoch höchstens bis zu dem Betrag, den dieser Träger nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Absatz 2 zu gewähren hätte. Falls der vom zuständigen Träger eines Vertragsstaates geschuldete Unterschiedsbetrag und die nach Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe b errechnete Rente den Betrag übersteigen würde, auf den der Versicherte nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch hätte, so ist der zuständige Träger des anderen Staates verpflichtet, ihm den überschießenden Betrag zu zahlen.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Absatz 2 Anspruch auf Rente und nach den Rechts-

b) la parte de dicha pensión correspondiente a la proporción entre la totalidad de los períodos de seguro cumplidos por dicha persona antes del hecho determinante de la prestación, conforme a las disposiciones legales internas que el referido Organismo haya de aplicar y la totalidad de los períodos de seguro que dicha persona haya cumplido de conformidad con las disposiciones legales de ambos Estados y que al hacer el cálculo de la pensión se hayan computado de acuerdo con la letra a), del presente artículo; su importe constituye la pensión que el Organismo adeuda a la persona en cuestión.

c) El Organismo alemán incrementará la pensión por él adeudada según la letra b), en la parte de prestación que corresponda a las cotizaciones voluntarias que conforme al artículo 41, letra a), no se hayan de tener en cuenta. Igualmente se elevará la pensión en la cuantía correspondiente al incremento de las cotizaciones para el seguro voluntario de mejoras.

4. Si la persona interesada hubiese cumplido, con sujeción a las disposiciones legales de un Estado contratante, períodos de seguro que en total no lleguen a doce meses, y a tenor de tales disposiciones, no tuviera cumplido el período de carencia el Organismo de este Estado no concederá pensión alguna por tal período. En estos casos, el Organismo del otro Estado no aplicará, a efectos del cálculo de la pensión que deba conceder, lo dispuesto en el apartado 3, letra b).

5. Si las disposiciones legales de uno de los Estados contratantes subordinan la concesión de prestaciones a la condición de que el trabajador haya estado sometido a dichas disposiciones legales en el momento de producirse el hecho causante, esta condición se considerará cumplida si estuviese sometido a las disposiciones legales del otro Estado contratante, en dicho momento, o en su defecto si pudiera hacer valer derechos a prestaciones en virtud de las disposiciones legales del otro Estado.

Artículo 23

1. Cuando independientemente de lo que determina el apartado 2 del artículo 22, una persona tuviera derecho a pensión conforme a las disposiciones legales de ambos Estados contratantes y la pensión en uno o en ambos Estados contratantes fuera superior al importe de la suma de las pensiones calculadas conforme al apartado 3 del artículo 22, dicha persona tendrá derecho a que el referido importe se incremente con la diferencia entre el mismo y el de la pensión de cuantía más elevada.

2. En los casos del apartado 1 del presente artículo, los Organismos competentes de ambos Estados contratantes vendrán obligados a satisfacer al interesado el incremento calculado conforme a la proporción establecida según el artículo 22, apartado 3, letra b), pero sin que en ningún caso pueda sobrepasar el importe de la pensión que a dicho Organismo le hubiera correspondido conceder conforme a las disposiciones legales internas, sin considerar lo dispuesto en el artículo 22, apartado 2. En el supuesto de que la suma del incremento a cargo del Organismo competente de un Estado contratante y el importe de la pensión calculada conforme a lo establecido en el artículo 22, apartado 3, letra b), sea superior a la cuantía a la que el interesado pudiera tener derecho según las disposiciones legales internas de este Estado contratante, el Organismo competente del otro Estado vendrá obligado a satisfacer a su cargo el importe de la demasía resultante.

3. Cuando una persona tuviera derecho a pensión conforme a las disposiciones legales internas de uno de los Estados contratantes, sin tener en cuenta las normas del

vorschriften des anderen Staates nur unter Berücksichtigung der genannten Vorschriften Anspruch auf Rente, und ist die Rente nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates höher als die Summe der nach Artikel 22 Absatz 3 berechneten Renten, so hat der zuständige Träger des ersten Staates die von ihm nach Artikel 22 Absatz 3 zu gewährende Rente um den Unterschiedsbetrag zu erhöhen.

(4) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Absatz 2 Anspruch auf Rente und nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates auch unter Berücksichtigung der genannten Vorschrift keinen Anspruch auf Rente, so hat der zuständige Träger des ersten Staates die Rente nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Absatz 3 und des Artikels 25 Absatz 1 Buchstabe b zu gewähren.

(5) a) Die Rente nach Absatz 4 ist durch Renten nach Artikel 22 Absatz 3 zu ersetzen, sobald der Berechtigte auch die Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates erfüllt; die Absätze 1 bis 3 finden gegebenenfalls Anwendung;

b) für die Gewährung einer Altersrente nach den spanischen Rechtsvorschriften in den Fällen des Buchstaben a gilt für den zuständigen spanischen Träger die nach den spanischen Rechtsvorschriften erforderliche Voraussetzung betreffend die Versicherungszugehörigkeit oder einen dieser gleichgestellten Status als erfüllt, wenn die betreffende Person im Zeitpunkt des Versicherungsfalles nach den deutschen Rechtsvorschriften versichert war oder eine deutsche Rente nach diesem Abschnitt erhält.

Artikel 24

Bei Anwendung des Artikels 22 gilt folgendes:

1. Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängig, daß Versicherungszeiten in einem Beruf zurückgelegt worden sind, für den eine Sondernversicherung oder ein Sondersystem besteht, so werden für die Feststellung des Anspruchs auf diese Leistungen nur die Versicherungszeiten berücksichtigt, die in der entsprechenden Sondernversicherung oder dem entsprechenden Sondersystem des anderen Staates zurückgelegt worden sind.
2. Besteht für einen Beruf nur in einem Vertragsstaat eine Sondernversicherung oder ein Sondersystem, so berücksichtigt
 - a) der zuständige Träger dieses Staates für die Feststellung einer Leistung aus der Sondernversicherung oder diesem Sondersystem auch Versicherungszeiten, die in diesem Beruf nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zurückgelegt worden sind, und
 - b) der zuständige Träger des anderen Staates für die Feststellung einer Leistung auch Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates in der Sondernversicherung oder dem Sondersystem zurückgelegt worden sind.
3. Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Rente oder ein Rententeil von Versicherungszeiten ab, in denen die betreffende Person mit

apartado 2 del artículo 22, y según las disposiciones legales del otro Estado tan solo tuviese derecho a la misma por aplicación de lo dispuesto en dicho precepto, si la suma de las pensiones calculadas de conformidad con el apartado 3 del citado artículo 22 fuere inferior a la pensión conforme a las disposiciones legales del primer Estado, el Organismo competente del mismo incrementará la referida suma hasta completar el importe de la pensión que según sus disposiciones legales le hubiera correspondido satisfacer.

4. Cuando sin tener en cuenta el apartado 2 del artículo 22 una persona tuviese derecho a pensión según las disposiciones legales de un Estado contratante y conforme a las disposiciones legales del otro Estado, aún tomando en cuenta dicho precepto no tuviera derecho a pensión, entonces el Organismo competente del primer Estado satisfará la pensión, según las disposiciones legales que le corresponda aplicar, prescindiendo de lo dispuesto en el apartado 3 del artículo 22 y en el apartado 1, letra b), del artículo 25.

5. a) La pensión a que se refiere el apartado anterior será sustituida por las pensiones que procedan, conforme al apartado 3 del artículo 22, tan pronto como en el beneficiario concurren los requisitos precisos para obtener una pensión según las disposiciones legales del otro Estado contratante, aplicándose en caso necesario los apartados 1 a 3 del presente artículo.

b) Para obtener una pensión de vejez de acuerdo con las disposiciones legales españolas, en los casos previstos en la letra a), de este mismo apartado, el Organismo competente español considerará cubierto el requisito de alta o situación asimilada exigido por sus disposiciones legales, si la persona en cuestión estuviera asegurada en la fecha en que se produzca el hecho causante de la prestación conforme a las disposiciones legales alemanas, o perciba una pensión alemana de las reguladas en el presente título.

Artículo 24

Para la aplicación del artículo 22 se procederá en la forma siguiente:

1. Cuando conforme a las disposiciones legales de un Estado contratante la concesión de ciertas prestaciones dependiera del cumplimiento de períodos de seguro en una profesión para la cual exista un seguro o régimen especial, únicamente se computarán, para la determinación del derecho a tales prestaciones, los períodos de seguro cumplidos en el seguro o régimen especial correspondiente, del otro Estado.
2. Cuando sólo en un Estado contratante existiese un seguro o régimen especial para una profesión:
 - a) El Organismo competente de dicho Estado tendrá asimismo en cuenta, para la determinación de una prestación derivada de tal seguro o régimen especial, los períodos de seguro cumplidos en esta profesión, según las disposiciones legales del otro Estado, y
 - b) el Organismo competente del otro Estado tendrá asimismo en cuenta, para la determinación de una prestación los períodos de seguro cumplidos en el seguro o régimen especial con arreglo a las disposiciones legales del primer Estado.
3. Si a tenor de las disposiciones legales de una Parte Contratante, una pensión o fracción de pensión dependiera de un período de seguro durante el cual la per-

Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellten Arbeiten beschäftigt war, so berücksichtigt der zuständige Träger Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegt worden sind, nur insoweit, als es sich um Zeiten handelt, in denen der Betreffende mit gleichartigen Arbeiten im Bergbau beschäftigt war.

4. Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Anspruch auf eine Leistung oder die Höhe der Leistung von der Dauer einer Beschäftigung in einem bestimmten Beruf ab, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Staates auch Zeiten, in denen die betreffende Person die gleiche Berufstätigkeit im anderen Staat verrichtet hat.

Artikel 25

(1) Bei der Anwendung des Artikels 22 verfahren die zuständigen spanischen Träger wie folgt:

- a) Ist nach ihren Rechtsvorschriften der Erwerb des Rentenanspruchs davon abhängig, daß vor Eintritt des Versicherungsfalles Versicherungszeiten von bestimmter Dauer in Spanien zurückgelegt sind, so stehen diesen Zeiten die Versicherungszeiten gleich, die in der Bundesrepublik zurückgelegt worden sind.
- b) Wurde die von dem Antragsteller für die Berechnung der Bemessungsgrundlage gewählte Beitragszeit ganz oder teilweise in der Bundesrepublik zurückgelegt, so ermittelt der zuständige spanische Träger diese Bemessungsgrundlage anhand der in Spanien während der ganzen Beitragszeit oder eines Teils dieser Beitragszeit für Arbeitnehmer der gleichen Berufsgruppe geltenden Beitragsgrundlagen.

(2) Bei Anwendung des Artikels 22 verfahren die zuständigen deutschen Träger wie folgt:

- a) Bei der Berechnung der für den Versicherten maßgebenden Bemessungsgrundlage werden nur die Arbeitsentgelte berücksichtigt, die der Versicherte während der nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten bezogen hat. Die nach Artikel 41 Buchstabe a nicht anzurechnenden freiwilligen Beiträge werden dabei mitberücksichtigt.
- b) Bei der Ermittlung der Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre stehen die nach den spanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, die nach diesen Vorschriften bei der Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, den nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten gleich.

Kapitel 2

Invalidität

Artikel 26

(1) Kapitel 1 gilt entsprechend für Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit nach den deutschen Rechtsvorschriften, und Leistungen bei Invalidität, die nach den spanischen Rechtsvorschriften zu gewähren sind.

(2) Für die Gewährung von Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates rechnet der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auch die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten an. Diese Maßnahmen

sona interesada estuvo empleada en trabajos subterráneos o asimilados a éstos, el Organismo competente sólo tendrá en cuenta los periodos de seguro cumplidos según las disposiciones legales de la otra Parte Contratante, en razón a los periodos durante los cuales el interesado estuvo empleado en trabajos análogos de minería.

4. Si a tenor de las disposiciones legales de un Estado contratante el derecho a prestaciones, o su cuantía dependiera de la duración de un empleo en una determinada profesión, el Organismo competente de dicho Estado tendrá asimismo en cuenta los periodos durante los cuales la persona interesada haya ejercido en el otro Estado idéntica profesión.

Artículo 25

1. Para aplicar el artículo 22 los Organismos competentes españoles procederán de la forma siguiente:

- a) Si según sus disposiciones legales, se hiciera depender la adquisición del derecho a pensión, de que antes de producirse el hecho causante de la prestación se hubiere estado asegurado en España durante determinado tiempo, éste se equipará a los periodos de seguro cumplidos en la República Federal.
- b) Cuando todo o parte del periodo de cotización elegido por el solicitante para el cálculo de su base reguladora de prestaciones se hubiera cumplido en la República Federal, el Organismo competente español determinará dicha base reguladora sobre las bases de cotización vigentes en España, durante dicho periodo o fracción, para los trabajadores de la misma categoría profesional que la persona interesada.

2. Para aplicar el artículo 22, los Organismos competentes alemanes procederán de la forma siguiente:

- a) Para el cómputo del salario regulador de las pensiones, sólo se tendrán en cuenta los salarios que haya percibido el asegurado durante los periodos de cotización cumplidos de acuerdo con las disposiciones legales alemanas. Para ello se tendrán en cuenta también las cotizaciones voluntarias que no deben ser computadas según lo dispuesto en el artículo 41, letra a).
- b) En la determinación del número de años de seguro susceptibles de cómputo, los periodos de seguro cumplidos de acuerdo con las disposiciones legales españolas que hayan de ser tenidos en cuenta, según dichas disposiciones, para el cálculo de la pensión, quedarán equiparados a los periodos de seguro cumplidos de acuerdo con las disposiciones legales alemanas.

Capítulo 2

Invalidez

Artículo 26

1. El Capítulo 1 se aplicará por analogía a las pensiones por incapacidad de ganancia y profesional que hayan de concederse según las disposiciones legales alemanas, y a las prestaciones por invalidez que hayan de concederse según las disposiciones legales españolas.

2. Para la concesión de las prestaciones previstas para la conservación, mejora y recuperación de la capacidad de ganancia en el territorio de uno de los Estados contratantes, el Organismo competente de este Estado tendrá en cuenta también los periodos de seguro cubiertos conforme a las disposiciones legales del otro Estado contra-

werden nur im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates gewährt, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat. Voraussetzung ist, daß in dem betreffenden Vertragsstaat eine Versicherungsdauer von wenigstens drei Monaten erfüllt ist.

Kapitel 3 Hinterbliebene

Artikel 27

(1) Kapitel 1 gilt entsprechend für Hinterbliebenenrenten und andere Leistungen an Hinterbliebene mit Ausnahme von Sterbegeld, die nach den deutschen oder spanischen Rechtsvorschriften zu gewähren sind.

(2) Kapitalabfindungen, die nach den deutschen Rechtsvorschriften dem überlebenden Ehegatten im Falle der Wiederverheiratung gewährt werden, dürfen nicht deshalb verweigert werden, weil der Berechtigte sich in Spanien aufhält oder dort die neue Ehe eingeht.

Kapitel 4 Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 28

Artikel 5 berührt nicht die deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten und Auslandsrenten, nach denen Anspruch auf Leistungen aus bestimmten Versicherungszeiten nur den Personen zusteht, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik aufhalten.

Artikel 29

(1) Personen, die sich im Hoheitsgebiet Spaniens gewöhnlich aufhalten und nach den deutschen Rechtsvorschriften nicht mehr versicherungspflichtig sind, können sich in Spanien unter denselben Bedingungen freiwillig weiterversichern wie Personen, die aus der spanischen Sozialversicherung ausgeschieden sind. Dabei werden deutsche Beitragszeiten, die in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt worden sind, soweit erforderlich, wie spanische Beitragszeiten angerechnet.

(2) Ist die Person nach ihrem Eintreffen in Spanien nach den spanischen Rechtsvorschriften nicht in der Sozialversicherung pflichtversichert, so kann ein Sonderversicherungsvertrag bei dem Gegenseitigkeitsverein für Arbeitnehmer abgeschlossen werden, der für die zuletzt in der Bundesrepublik ausgeübte Beschäftigung zuständig gewesen wäre, wenn der Betreffende diese Beschäftigung in Spanien ausgeübt hätte. Der Antrag auf diese freiwillige Fortführung der Versicherung ist innerhalb von drei Monaten nach dem Ausscheiden aus der Tätigkeit zu stellen, die nach den deutschen Rechtsvorschriften der Versicherungspflicht unterlegen hat.

Als Grundlage für die Beitragsbemessung gilt die Grundlage der letzten Berufsgruppe, der der Betreffende in den drei Monaten vor Unterzeichnung dieses Versicherungsvertrages angehört hat.

Artikel 30

(1) Für das Recht auf freiwillige Versicherung stehen spanische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik aufhalten, deutschen Staatsangehörigen gleich.

tante. Dichas prestaciones se concederán únicamente en el territorio del Estado contratante en el que tenga su sede el Organismo competente. Condición previa para ello será que en el Estado contratante correspondiente se haya cubierto un período mínimo de seguro de tres meses.

Capítulo 3 Supervivencia

Artículo 27

1. El Capítulo 1 se aplicará por analogía a las pensiones y otras prestaciones de supervivencia que hayan de concederse de acuerdo con las disposiciones legales españolas o alemanas, salvo el subsidio por defunción.

2. No pueden denegarse indemnizaciones que por las disposiciones legales alemanas corresponden al cónyuge superviviente en el caso de volver a contraer matrimonio, por el hecho de que el derechohabiente viva en España o porque contraiga matrimonio en España.

Capítulo 4 Disposiciones comunes

Artículo 28

El artículo 5 no afectará a las disposiciones especiales alemanas referentes a "Fremdrenten" y "Auslandsrenten" según las cuales el derecho a prestaciones, por determinados períodos de seguro, corresponde únicamente a personas con residencia habitual en el territorio de la República Federal.

Artículo 29

1. Las personas que residan habitualmente en territorio de España y que, según las disposiciones legales alemanas, ya no están sujetas al seguro obligatorio, pueden continuar el seguro, voluntariamente, en España en las mismas condiciones que las que no se encuentren en situación de alta en la Seguridad Social española. Los períodos de cotización alemanes, que hayan sido cubiertos en una ocupación sujeta al seguro obligatorio, serán computados en la medida necesaria como períodos de cotización españoles.

2. Cuando la persona después de su llegada a España no estuviera comprendida obligatoriamente en la Seguridad Social, según las disposiciones legales españolas, la suscripción del Convenio especial la efectuará en la Mutualidad Laboral que según su última actividad en la República Federal hubiere sido competente, como si dicha ocupación se hubiere desempeñado en España. La solicitud para la continuación voluntaria en el seguro deberá formularse en el plazo de tres meses contados a partir de la fecha del cese en una actividad sujeta al seguro obligatorio, de conformidad con las disposiciones legales alemanas.

Se tomará como base de cotización la correspondiente a la última categoría profesional que tuviera el interesado dentro de los tres meses anteriores a la suscripción de este Convenio especial.

Artículo 30

1. Los súbditos españoles que residen habitualmente en el territorio de la República Federal están equiparados a los súbditos alemanes en cuanto al derecho al seguro voluntario.

(2) Das Recht auf freiwillige Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften steht Personen, die sich gewöhnlich im spanischen Hoheitsgebiet aufhalten, zu, wenn sie zu irgendeinem Zeitpunkt vorher in der deutschen Rentenversicherung pflicht- oder freiwillig versichert waren und in der spanischen Sozialversicherung weder pflicht- noch freiwillig versichert sind.

(3) Das Recht auf freiwillige Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften steht spanischen Staatsangehörigen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Drittstaates aufhalten, zu, wenn sie in der deutschen Rentenversicherung wenigstens sechzig Monate pflicht- oder freiwillig versichert waren und nach den Rechtsvorschriften keines Vertragsstaates pflicht- oder freiwillig versichert sind.

(4) Günstigere innerstaatliche deutsche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Artikel 31

Die zuständigen Träger jedes Vertragsstaates berücksichtigen bei der Prüfung, inwieweit die Erwerbsfähigkeit des Versicherten gemindert ist, die ärztlichen Befunde und verwaltungsmäßigen Angaben, die ihnen die Träger des anderen Staates mitteilen. Sie behalten jedoch das Recht, den Versicherten durch einen Arzt ihrer Wahl untersuchen zu lassen.

Artikel 32

(1) Geht nach den deutschen Rechtsvorschriften der Anspruch auf Rente wegen Gewährung von Geldleistungen bei Krankheit ganz oder teilweise auf den zuständigen Träger der Krankenversicherung über, so gilt dies auch, wenn es sich um eine Rente handelt, die nach den spanischen Rechtsvorschriften geschuldet wird. In diesem Fall behält der zuständige spanische Träger den auf diese Zeit entfallenden entsprechenden Betrag ein und überweist ihn dem zuständigen deutschen Krankenversicherungsträger.

(2) Übersteigt das gewährte Krankengeld die bewilligte Rente, so kann der zuständige Krankenversicherungsträger den überschießenden Betrag von dem Versicherten oder dem spanischen Träger nicht zurückfordern.

Artikel 33

(1) Für die Entscheidung, ob Zeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften Ausfallzeiten oder Zurechnungszeiten sind, als solche angerechnet werden, stehen die nach den spanischen Rechtsvorschriften entrichteten Pflichtbeiträge den Pflichtbeiträgen nach den deutschen Rechtsvorschriften und der Eintritt in die spanische Versicherung dem Eintritt in die deutsche Rentenversicherung gleich. Bei der Ermittlung der Anzahl der Kalendermonate vom Eintritt in die Versicherung bis zum Eintritt des Versicherungsfalles bleiben die in diese Zeit entfallenden gleichgestellten Zeiten nach den spanischen Rechtsvorschriften sowie Zeiten des Bezuges einer Rente nach den spanischen Rechtsvorschriften unberücksichtigt.

2. El derecho al seguro voluntario según las disposiciones legales alemanas corresponderá a personas que residan habitualmente en territorio español, si hubiesen estado aseguradas obligatoria o voluntariamente en algún momento con anterioridad en el Seguro de Pensiones alemán y no estuvieran aseguradas obligatoria ni voluntariamente en la Seguridad Social española.

3. El derecho al seguro voluntario según las disposiciones legales alemanas corresponderá a súbditos españoles que residan habitualmente en el territorio de un tercer Estado, si hubiesen estado asegurados obligatoria o voluntariamente en el Seguro de Pensiones alemán durante un mínimo de sesenta meses y no estuviesen asegurados obligatoria o voluntariamente según las disposiciones legales de ninguno de los Estados contratantes.

4. No obstante, quedarán a salvo las disposiciones legales internas alemanas más favorables.

Artículo 31

Para determinar en qué medida ha disminuido la capacidad de trabajo del asegurado, los Organismos competentes de cada uno de los Estados contratantes tendrán en cuenta los certificados médicos y los datos administrativos que los Organismos del otro Estado le remitan. No obstante, cada Organismo competente tendrá derecho a someter al asegurado a reconocimiento por un médico de su elección.

Artículo 32

1. Si según las disposiciones legales alemanas el derecho a pensión fuera transferido total o parcialmente al Organismo competente del Seguro de Enfermedad, debido a la concesión de prestaciones económicas en caso de enfermedad, se aplicarán estas disposiciones incluso cuando se trate de una pensión debida según las disposiciones legales españolas. En este caso el Organismo español competente retendrá el respectivo importe correspondiente a este período de tiempo y lo remitirá al Organismo competente alemán del Seguro de Enfermedad.

2. En el caso de que el subsidio de enfermedad sobrepase el importe de la pensión concedida, el Organismo competente del Seguro de Enfermedad no podrá reclamar del asegurado ni del Organismo español la cantidad excedente.

Artículo 33

1. Para determinar si los períodos considerados por las disposiciones legales alemanas como exentados de cotización (Ausfallzeiten) o períodos complementarios (Zurechnungszeiten) deben ser tomados en consideración como tales, las cotizaciones obligatorias efectuadas en virtud de las disposiciones legales españolas serán asimiladas a las cotizaciones obligatorias efectuadas en virtud de las disposiciones legales alemanas y la fecha de la primera afiliación a la Seguridad Social española será asimilada a la fecha de la primera afiliación al Seguro de Pensiones alemán. Para el cálculo del número de meses naturales transcurridos entre la afiliación al seguro y la realización del hecho causante, los períodos asimilados en virtud de las disposiciones legales españolas que estén comprendidos entre estas fechas no serán tomados en consideración ni tampoco los períodos durante los cuales el interesado se haya beneficiado de una pensión en virtud de las disposiciones legales españolas.

(2) Absatz 1 findet auf die pauschale Ausfallzeit keine Anwendung. Diese wird ausschließlich nach den deutschen Versicherungszeiten ermittelt.

(3) Für die Anrechnung einer Zurechnungszeit nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung ist weiterhin Voraussetzung, daß der letzte nach den deutschen Rechtsvorschriften entrichtete Beitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung entrichtet worden ist.

(4) Für die Anrechnung deutscher Ersatzzeiten gelten ausschließlich die innerstaatlichen deutschen Rechtsvorschriften.

Abschnitt IV **Unfallversicherung**

(Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten)

Artikel 34

(1) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit einen Anspruch auf Sachleistungen hat und sich in das Hoheitsgebiet des anderen Staates begibt, behält diesen Anspruch. Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung von Sachleistungen bei Aufenthalt im anderen Land von der vorherigen Zustimmung des zuständigen Trägers abhängig, so darf die Zustimmung nur verweigert werden, wenn die Aufenthaltsverlegung des Betroffenen dessen Gesundheitszustand gefährden oder die Durchführung der ärztlichen Behandlung in Frage stellen würde. Der zuständige Träger kann die Zustimmung nachträglich erteilen, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen und der Berechtigte die Zustimmung aus entschuldbaren Gründen nicht vorher einholen konnte.

(2) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates versichert ist und im Hoheitsgebiet des anderen Staates einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit erleidet oder dort infolge eines früheren Arbeitsunfalles oder einer früheren Berufskrankheit Sachleistungen benötigt, erhält auf Antrag die erforderlichen Leistungen nach den Rechtsvorschriften des zweiten Staates.

(3) Die Sachleistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden zu Lasten des zuständigen Trägers durch die in der Zusatzvereinbarung genannten Träger nach den für sie anzuwendenden Rechtsvorschriften gewährt. Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe b und c gilt entsprechend. Die Maßnahmen der Berufshilfe nach den deutschen Rechtsvorschriften oder die Maßnahmen der beruflichen Umschulung oder Wiedereingliederung nach den spanischen Rechtsvorschriften werden vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erbracht.

(4) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Leistung gewährt hat, die entstandenen Kosten.

Artikel 35

Geldleistungen vorübergehender Art, die in Zeiten der Arbeitsunfähigkeit das Arbeitsentgelt ersetzen, werden dem Berechtigten und seinen Angehörigen auf Ersuchen und zu Lasten des zuständigen Trägers nach den für ihn maßgebenden Rechtsvorschriften vom Träger des Aufent-

2. El apartado anterior no será de aplicación al período global exento de cotización (pauschale Ausfallzeit). Este período se determinará exclusivamente en función de los períodos de seguro alemán.

3. La totalización de un período complementario (Zurechnungszeiten) en virtud de las disposiciones legales alemanas sobre Seguro de Pensiones de los trabajadores de las minas estará subordinada además a la condición de que la última cotización efectuada en virtud de las disposiciones legales alemanas haya sido abonada al Seguro de Pensiones de los trabajadores de las minas.

4. Para la totalización de los períodos alemanes sustitutivos (Ersatzzeiten) sólo serán aplicables las disposiciones legales alemanas.

Título IV **Accidentes de trabajo y enfermedades profesionales**

Artículo 34

1. Toda persona que, de acuerdo con las disposiciones legales de un Estado contratante y por razón de un accidente de trabajo o de una enfermedad profesional, tenga derecho a prestaciones sanitarias, conservará tal derecho cuando se traslade al territorio del otro Estado. Si las disposiciones legales de un Estado contratante hicieren depender la concesión de prestaciones sanitarias, cuando la persona resida en el otro país, de que el Organismo competente otorgue previamente su consentimiento, éste no podrá ser denegado más que cuando el desplazamiento del interesado pusiera en peligro su estado de salud o plantease problemas en la aplicación del tratamiento médico. El Organismo competente podrá conceder la autorización posteriormente, cuando se den las condiciones necesarias al efecto y el beneficiario no hubiese podido obtenerla con anterioridad por razones atendibles.

2. Toda persona asegurada de acuerdo con las disposiciones legales de un Estado contratante que sufra en el territorio del otro Estado un accidente de trabajo o una enfermedad profesional o necesite allí de prestaciones sanitarias a causa de un accidente de trabajo o de una enfermedad profesional anteriores recibirá las prestaciones necesarias, cuando las solicite, de acuerdo con las disposiciones legales del segundo Estado.

3. La asistencia sanitaria prevista en los apartados 1 y 2 se prestará, con cargo al Organismo competente, por los Organismos que se determinen en el Acuerdo complementario y según las disposiciones legales aplicables por ellos. El artículo 16, apartado 2, letras b) y c), será aplicable por analogía. Las medidas de ayuda profesional según las disposiciones legales alemanas o las medidas de readaptación y rehabilitación según las disposiciones legales españolas serán otorgadas por el Organismo competente, según las disposiciones legales que deba aplicar.

4. El Organismo competente reembolsará al Organismo que haya efectuado la prestación el importe de los gastos ocasionados.

Artículo 35

Las prestaciones económicas de carácter temporal y sustitutivas del salario durante una incapacidad laboral, se satisfarán por el Organismo del lugar de residencia, previa petición, al titular del derecho y a sus familiares con cargo al Organismo competente y de acuerdo con

haltsorts gewährt; der zuständige Träger hat dem auszahlenden Träger den Betrag und die Höchstdauer der Leistungen mitzuteilen.

Artikel 36

Bei der Feststellung der Leistungspflicht und der Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anzuwenden sind, werden frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates als solche gelten, ebenso berücksichtigt wie frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften des ersten Staates anzuwenden sind. Als frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten gelten sowohl Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, für die eine Entschädigung gewährt worden ist oder gewährt wird, als auch solche, bei denen die Minderung der Erwerbsfähigkeit unter dem für die Entschädigung vorgesehenen Mindestgrad liegt.

Artikel 37

(1) Hat ein Versicherter in beiden Vertragsstaaten eine Beschäftigung ausgeübt, die ihrer Art nach geeignet war, eine Krankheit zu verursachen, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten als Berufskrankheit gilt, so werden die Leistungen für diese Berufskrankheit von dem zuständigen Träger des Staates gewährt, in dessen Hoheitsgebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt worden ist, die ihrer Art nach geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen. Ist nach den Rechtsvorschriften eines Staates die Entschädigungspflicht für eine Berufskrankheit davon abhängig, daß eine Person während einer bestimmten Mindestzeit eine Beschäftigung ausgeübt hat, die geeignet sind, diese Berufskrankheit zu verursachen, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Staates bei der Prüfung, ob diese Bedingung erfüllt ist, auch Zeiten, in denen die Person eine gleichartige Beschäftigung im anderen Staat ausgeübt hat.

(2) Macht eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Verschlimmerung dieser Krankheit Ansprüche nach den Rechtsvorschriften erhalten hat oder erhält, wegen Rechtsvorschriften des anderen Staates geltend, ohne dort eine Beschäftigung ausgeübt zu haben, die ihrer Art nach geeignet war, diese Berufskrankheit zu verursachen oder zu verschlimmern, bleibt der zuständige Träger des ersten Staates unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zur Gewährung der weiteren Leistungen verpflichtet.

(3) Macht eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat oder erhält, wegen Verschlimmerung dieser Krankheit Ansprüche nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates geltend, nachdem sie dort eine Beschäftigung ausgeübt hat, die ihrer Art nach geeignet war, die Krankheit zu verschlimmern, so ist der zuständige Träger des zweiten Staates unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zur Gewährung der gesamten Leistungen verpflichtet.

Artikel 38

Die zuständigen deutschen Träger der Unfallversicherung gewähren Personen, auf die das Abkommen anzuwenden ist, und die sich gewöhnlich in Spanien aufhal-

ten, die gesetzlichen Bestimmungen des ersten Staates, die auf die Beschäftigten anzuwenden sind, anzuwenden. Der zuständige Träger des ersten Staates wird die Leistungen für die Beschäftigten gewähren, die nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates anzuwenden sind, wenn der zuständige Träger des zweiten Staates die Leistungen für die Beschäftigten nicht gewährt.

Artículo 36

Para determinar la obligación de prestación y la disminución de la capacidad laboral motivada por accidente de trabajo o enfermedad profesional a que hayan de aplicarse las disposiciones legales de un Estado contratante se tendrán en cuenta los anteriores accidentes de trabajo o enfermedades profesionales reconocidas como tales por las disposiciones legales del otro Estado, como los anteriores accidentes de trabajo o enfermedades profesionales a que hubieran de aplicarse las disposiciones legales del primer Estado. Como anteriores accidentes de trabajo o enfermedades profesionales se entenderán tanto aquellos accidentes de trabajo o enfermedades profesionales por las que se hubiera concedido o se conceda una indemnización como aquellos en los que la disminución de la capacidad laboral esté por debajo del grado mínimo previsto para la indemnización.

Artículo 37

1. Si una persona asegurada hubiese ejercido en ambos Estados contratantes un empleo que por su naturaleza pudiera producirle una enfermedad que con arreglo a las disposiciones legales de ambos Estados contratantes se considere enfermedad profesional, las prestaciones correspondientes estarán a cargo del Organismo competente del Estado en cuyo territorio haya desempeñado últimamente el empleo, que por su naturaleza pudiese producir dicha enfermedad profesional. Si las disposiciones legales de un Estado hicieren depender la obligación de la indemnización correspondiente a una enfermedad profesional del hecho de que la persona beneficiaria esté empleada un período mínimo de tiempo en actividades profesionales que sean susceptibles de producir o agravar dicha enfermedad profesional, el Organismo competente de tal Estado computará, también para comprobar si esta condición se cumple, los períodos de trabajo transcurridos en actividades profesionales análogas, desempeñadas en el otro Estado.

2. Cuando una persona que hubiese percibido o perciba una indemnización por enfermedad profesional con arreglo a las disposiciones legales de un Estado, y a causa de agravarse dicha enfermedad alegara derechos con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, sin haber ejercido en este último país un empleo que por su naturaleza sea susceptible de producir o agravar dicha enfermedad profesional, el Organismo competente del primer Estado estará obligado, teniendo en cuenta la agravación, a la concesión de las ulteriores prestaciones correspondientes a la misma.

3. Cuando una persona que hubiese percibido o perciba una indemnización por enfermedad profesional con arreglo a las disposiciones legales de un Estado contratante y, a causa de agravarse dicha enfermedad, alegara derechos con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, después de haber ejercido en este país un empleo que por su naturaleza sea susceptible de agravar dicha enfermedad, el Organismo competente del segundo Estado, teniendo en cuenta la agravación, quedará obligado a la concesión de la totalidad de las prestaciones.

Artículo 38

Los Organismos competentes alemanes del seguro de accidentes concederán a las personas a las que sea de aplicación el presente Convenio, que residen habitual-

ten, Leistungen aus der Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, wenn es sich um Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten handelt, die

- a) vor oder nach Errichtung der Bundesrepublik in deren Hoheitsgebiet oder auf Seefahrzeugen eingetreten sind, die unter deutscher Flagge fahren und deren Heimathafen sich dort befand; dies gilt jedoch nicht für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die im Zusammenhang mit einer Beschäftigung, die außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik ausgeübt wurde oder ausgeübt wird, innerhalb dieses Gebietes eingetreten sind,
- b) im Zusammenhang mit einer Beschäftigung, die innerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik ausgeübt wurde oder ausgeübt wird, außerhalb dieses Gebietes eingetreten sind,
- c) vor dem 1. Januar 1919 in Elsaß-Lothringen eingetreten und auf Grund der Entscheidung des Völkerbundesrates vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 1289) nicht von französischen Versicherungsträgern übernommen worden sind.

Artikel 39

(1) Die Abfindungen nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland dürfen nur auf Antrag der Berechtigten gewährt werden.

(2) Zeitlich beschränkte Abfindungen nach den deutschen Rechtsvorschriften werden zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eines in Spanien gelegenen eigenen Grundbesitzes oder dort erworbener Grundstücksgleicher Rechte auf Antrag auch Personen gewährt, die sich im spanischen Hoheitsgebiet gewöhnlich aufhalten. Ist für die Gewährung der Abfindung Voraussetzung, daß die bestimmungsgemäße Verwendung durch die Form der Auszahlung und durch sonstige Maßnahmen zu sichern ist, so kann der zuständige Träger die Gewährung der Abfindung davon abhängig machen, daß entsprechende Sicherungsmaßnahmen durch den spanischen Träger gewährleistet sind.

Abschnitt V Familienleistungen

Artikel 40

(1) Für die Gewährung von Familienleistungen gilt abweichend von Artikel 5 folgendes:

1. Familienleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates werden Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, nur gewährt, solange diese Personen nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Leistungen nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz A Nummer 1 Buchstabe b, c und d oder Renten nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz B Buchstabe b und c genannten Rechtsvorschriften beziehen.
2. Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Familienleistungen zugunsten von Angehörigen vor, die sich im Hoheitsgebiet dieses Staates gewöhnlich aufhalten, so werden diese Leistungen zugunsten von Angehörigen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, nur gewährt, soweit es sich um Angehörige von Personen handelt, die

mente in España, prestaciones dimanantes de los seguros de accidentes de trabajo y de enfermedades profesionales cuando se trate de accidentes de trabajo y enfermedades profesionales que:

- a) se hubieran producido antes o después de la constitución de la República Federal en territorio de la misma o en buques que naveguen bajo pabellón alemán y cuyos puertos de matrícula se hallen en dicho territorio; esto no se aplicará, sin embargo, a los accidentes de trabajo y enfermedades profesionales que se hubieran producido en dicho territorio en relación con un empleo que se haya ejercido o se ejerza fuera del territorio de la República Federal;
- b) se hubieran producido fuera del territorio de la República Federal en relación con un empleo que se haya ejercido o se ejerza en el territorio de la misma;
- c) o se hubieran producido en Alsacia y Lorena antes de primero de enero de 1919, siempre que los mismos, en virtud de la resolución del Consejo de la Sociedad de Naciones de fecha 21 de junio de 1921 (Reichsgesetzblatt, página 1289), no hayan sido asumidos por los Organismos franceses de Seguridad Social.

Artículo 39

1. Las indemnizaciones por residencia habitual en el extranjero según las disposiciones legales alemanas sólo podrán concederse previa solicitud de los derechohabientes.

2. Las indemnizaciones de carácter temporal según las disposiciones legales alemanas se concederán también, previa solicitud, a las personas que residan habitualmente en España, para la adquisición o mejora de una propiedad inmueble situada en España o de derechos similares al de propiedad inmueble que se hubiese adquirido en la misma. Si para la concesión de la indemnización fuese requisito que el empleo reglamentario de la cantidad concedida se garantice a través de su forma de pago y otras medidas, el Organismo competente podrá hacer depender la concesión de dicha indemnización de que por parte del Organismo español se hayan adoptado las correspondientes medidas de garantía.

Título V Prestaciones familiares

Artículo 40

1. No obstante lo dispuesto en el artículo 5, para la concesión de prestaciones familiares, se aplicarán las normas siguientes:

- 1) Las prestaciones familiares concedidas por aplicación de las disposiciones legales de un Estado contratante se otorgarán a las personas que residen habitualmente en el territorio del otro Estado, mientras perciban, de acuerdo con las disposiciones legales del primer Estado, prestaciones según el artículo 2, apartado 1, inciso A, número 1, letras b), c) y d), o perciban pensiones según las disposiciones enumeradas en el artículo 2, apartado 1, inciso B, letras b) y c).
- 2) Si las disposiciones legales de un Estado contratante prevén prestaciones familiares en favor de quienes residan habitualmente en su territorio, dichas prestaciones se concederán en favor de los familiares que residan en el territorio del otro Estado solamente cuando se trate de familiares de personas que:

- a) als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates beschäftigt sind oder
- b) als Arbeitnehmer während der ersten drei Monate nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses Geldleistungen der Krankenversicherung wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit erhalten und sich im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates aufhalten oder
- c) nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Leistungen nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz A Nummer 1 Buchstabe b, c und d oder Renten nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz B Buchstabe b und c genannten Rechtsvorschriften beziehen.
3. Als Angehörige im Sinne der Nummern 1 und 2 gelten, soweit die anzuwendenden Rechtsvorschriften für diese Personen Familienleistungen vorsehen,
- a) der Ehegatte,
- b) eheliche Kinder,
- c) Stiefkinder, die in den Haushalt des Stiefvaters oder der Stiefmutter aufgenommen sind,
- d) für ehelich erklärte Kinder,
- e) an Kindes Statt angenommene Kinder,
- f) nichteheliche Kinder.
- (2) Verwendet der Arbeitnehmer (Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben a und b) die ihm ausgezahlten Familienleistungen nicht für den Unterhalt der Angehörigen, so gilt folgendes:
1. Der zuständige Träger zahlt auf Antrag und durch Vermittlung des Trägers des gewöhnlichen Aufenthaltsortes der Kinder mit befreiender Wirkung die auf ein Kind entfallenden Familienleistungen an die natürliche oder juristische Person, die tatsächlich für das Kind sorgt. Erfüllen neben dem Ehegatten des Berechtigten auch andere Personen diese Voraussetzungen, so sind die Familienleistungen dem Ehegatten ausbezahlen. In den übrigen Fällen, in denen mehrere Personen gleichzeitig die genannten Voraussetzungen erfüllen, sind die Familienleistungen der Person ausbezahlen, die für das Kind überwiegend sorgt.
2. Als auf ein Kind entfallende Familienleistungen im Sinne der Nummer 1 gilt der Betrag, der sich bei einer gleichmäßigen Verteilung der für die Kinder gewährten Familienleistungen auf alle Kinder ergibt.
3. Der Arbeitnehmer gilt als Empfänger der Familienleistungen im Sinne der Vorschriften über die Rückzahlung zu Unrecht gezahlter Familienleistungen.
- (3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn der Arbeitnehmer bei dem zuständigen Träger beantragt, die Familienleistungen durch Vermittlung des Trägers des gewöhnlichen Aufenthaltsortes der Kinder an die Person auszuzahlen, die tatsächlich für das Kind sorgt.
- (4) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb des Anspruches auf Familienleistungen davon ab, daß Beschäftigungszeiten oder diesen gleichgestellte Zeiten zurückgelegt worden sind, so werden alle Zeiten berücksichtigt, die nacheinander in den Hoheitsgebieten beider Staaten zurückgelegt worden sind.
- a) estén empleados como trabajadores en el territorio del primer Estado; o
- b) se hallen percibiendo como trabajadores prestaciones económicas por enfermedad, o por incapacidad laboral transitoria durante los tres primeros meses siguientes a la terminación de la relación de empleo, y residan en el territorio del primer Estado; o
- c) que de acuerdo con las disposiciones legales del primer Estado contratante reciban prestaciones de las designadas en el artículo 2, apartado 1, inciso A, número 1, letras b), c) y d), o perciban pensiones de las indicadas en el artículo 2, apartado 1, inciso B, letras b) y c).
- 3) A efectos de lo dispuesto en los números 1 y 2 se consideran como familiares si las disposiciones legales aplicables les reconocen tal condición:
- a) el cónyuge
- b) los hijos legítimos
- c) los hijastros, que estén acogidos en el hogar del padrastro o de la madrastra
- d) los hijos legitimados
- e) los hijos adoptivos
- f) los hijos ilegítimos.
2. Cuando el trabajador [apartado 1, número 2, letras a) y b)] no destine a manutención de los familiares las prestaciones que le son abonadas, se procederá de la forma siguiente:
- 1) El Organismo competente, a instancia y por mediación del Organismo del lugar de residencia habitual de los hijos, abonará, con efecto liberatorio, las prestaciones familiares correspondientes al hijo a la persona natural o jurídica que lo tenga de hecho a su cargo. Si concurren con el cónyuge del titular otras personas que cumplan estos requisitos, las prestaciones familiares deberán ser abonadas al cónyuge. En los demás casos, en que varias personas cumplan al mismo tiempo los requisitos mencionados, las prestaciones familiares deberán abonarse a la que cuide principalmente del hijo.
- 2) A efectos de lo dispuesto en el número 1, se considerará como prestación familiar correspondiente a cada hijo la cantidad que resulte de prorratear entre todos los hijos el importe de las prestaciones atribuidas a los mismos.
- 3) El trabajador se considerará como perceptor de las prestaciones familiares a efectos de la aplicación, en su caso, de las normas relativas a la devolución de prestaciones familiares abonadas indebidamente.
3. Lo dispuesto en el apartado 2 se aplicará por analogía cuando el trabajador solicite del Organismo competente que las prestaciones familiares se abonen por conducto del Organismo del lugar de residencia habitual del hijo a la persona a cuyo cargo se encuentre de hecho el mismo.
4. Si conforme a las disposiciones legales de un Estado contratante la adquisición del derecho a prestaciones familiares dependiera del hecho de que hubieran transcurrido períodos de empleo o equivalentes, se tendrán en cuenta todos los períodos que sucesivamente se hayan cumplido en los territorios de ambos Estados.

Abschnitt VI Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1 Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 41

Bei Anwendung des Artikels 12 Absatz 1, des Artikels 22 Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe a, des Artikels 24 und des Artikels 25 Absatz 2 Buchstabe b werden die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegt worden sind, für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen wie folgt zusammenge-rechnet:

- a) Trifft eine Pflichtversicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften eines Staates zurückgelegt worden ist, mit einer Zeit freiwilliger Versicherung nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zusammen, so wird nur die Pflichtversicherungszeit berücksichtigt.
- b) Trifft eine Beitragszeit nach den Rechtsvorschriften eines Staates mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zusammen, so wird nur die Beitragszeit berücksichtigt.
- c) Trifft eine gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften eines Staates mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zusammen, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften des Staates berücksichtigt, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person zuletzt vor dieser Zeit beschäftigt war. War die Person vor dieser Zeit nicht im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates beschäftigt, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften des Staates berücksichtigt, in dessen Hoheitsgebiet sie nach dieser Zeit zum ersten Male beschäftigt war.

Artikel 42

Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei der Berechnung von Geldleistungen Angehörige zu berücksichtigen sind, berücksichtigt der zuständige Träger auch Angehörige, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten.

Kapitel 2 Zahlungsverkehr — Umrechnung

Artikel 43

Zahlungen des zuständigen Trägers eines Vertragsstaates erfolgen in seiner Landeswährung über die Stellen des anderen Vertragsstaates, die in der Zusatzvereinbarung vorgesehen sind, oder unmittelbar und haben befreiende Wirkung.

Artikel 44

Bei der Anwendung des Artikels 11, des Artikels 23 und des Artikels 53 Absatz 2 wird für die Umrechnung von einer Währung in die andere der Kurs am ersten Tage des Monats, an dem die Umrechnung erfolgt, zugrunde gelegt, der auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert beruht.

Título VI Disposiciones varias

Capítulo 1 Disposiciones comunes

Artículo 41

Para la aplicación de los artículos 12 (apartado 1); 22 [apartados 2 y 3 letra a)]; 24 y 25 [apartado 2, letra b)], los períodos de seguro cumplidos de conformidad con las disposiciones legales de ambos Estados se totalizarán para la adquisición, mantenimiento y recuperación del derecho a prestaciones, así como para el cálculo de éstas, del siguiente modo:

- a) Si un período de seguro obligatorio cubierto con arreglo a las disposiciones legales de un Estado coincide con un período de seguro voluntario, cumplido con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, solamente se tendrá en cuenta el período de seguro obligatorio.
- b) Si un período de cotización cumplido con arreglo a las disposiciones legales de un Estado coincidiera con un período equivalente cumplido con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, solamente se tendrá en cuenta el período de cotización.
- c) Si un período equivalente cumplido con arreglo a las disposiciones legales de un Estado coincidiera con un período equivalente cumplido con arreglo a las disposiciones legales del otro Estado, solamente se tendrá en cuenta el período de tiempo equivalente cumplido con arreglo a las disposiciones legales del Estado en cuyo territorio estuviera empleada, últimamente, antes de dicho período, la persona de que se trate. Si dicha persona no estuviera empleada antes de dicho período en el territorio de un Estado contratante, sólo se tendrá en cuenta el período equivalente cumplido con arreglo a las disposiciones legales del Estado en cuyo territorio estuvo empleada, por primera vez, después de dicho período de tiempo.

Artículo 42

Cuando conforme a las disposiciones legales de un Estado contratante hubieran de tomarse en consideración los familiares, para el cálculo de las prestaciones económicas, el Organismo competente tendrá en cuenta asimismo a los familiares que residan en el territorio del otro Estado contratante.

Capítulo 2 Pagos, conversión de moneda

Artículo 43

Los pagos del Organismo competente de un Estado contratante se efectuarán en su moneda nacional a través de las Instituciones del otro Estado contratante previstas en el Acuerdo complementario o bien directamente y tendrán efecto liberatorio.

Artículo 44

Para la aplicación de los artículos 11, 23 y 53, apartado 2, se tomará como base para la conversión de una divisa el tipo de cotización del primer día del mes en que se efectúe dicha conversión, que se hará en la paridad fijada por el Fondo Monetario Internacional.

Kapitel 3 Verwaltungshilfe

Artikel 45

(1) Bei der Anwendung dieses Abkommens unterstützen sich die Behörden und Träger der beiden Vertragsstaaten, als handelte es sich um die Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften. Die gegenseitige Unterstützung ist grundsätzlich kostenfrei. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.

(2) Die diplomatischen und berufskonsularischen Behörden eines Vertragsstaates sind befugt, die Staatsangehörigen des eigenen Staates gegenüber den Trägern, Behörden und Gerichten der Sozialversicherung des anderen Vertragsstaates zu vertreten. Der Vorlage einer besonderen Vollmacht bedarf es hierzu nicht.

(3) Ärztliche Untersuchungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates notwendig werden und Personen im Hoheitsgebiet des anderen Staates betreffen, werden auf Antrag des zuständigen Trägers von dem Träger des Staates veranlaßt, in dessen Hoheitsgebiet die zu untersuchenden Personen sich aufhalten. Die Kosten für diese Untersuchungen sowie die Reisekosten, der Verdienstausschlag, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstigen Nebenkosten werden von dem zuständigen Träger erstattet.

(4) Die zuständigen Behörden unterrichten sich gegenseitig laufend über

- a) die zur Anwendung des Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) alle Änderungen und Ergänzungen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften, welche die Anwendung des Abkommens berühren.

Artikel 46

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger dieses Staates vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf die Urkunden oder sonstigen Schriftstücke, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger des anderen Staates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger eines Vertragsstaates vorgelegt werden müssen, bedürfen zur Verwendung im Hoheitsgebiet des anderen Staates keiner Legalisation, falls sie mit dem Dienststempel oder Dienstsiegel versehen sind.

Artikel 47

(1) Die Behörden, Gerichte und Träger der beiden Vertragsstaaten können bei Anwendung dieses Abkommens miteinander, mit den beteiligten Personen und mit deren Vertretern ihre Amtssprache benutzen.

(2) Die Behörden, Gerichte und Träger eines Vertragsstaates dürfen Eingaben oder sonstige Schriftstücke, die an sie gerichtet werden, nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Staates abgefaßt sind.

Capítulo 3 Colaboración administrativa

Artículo 45

1. Para la aplicación del presente Convenio las Autoridades y los Organismos de los dos Estados contratantes se prestarán sus buenos oficios como si se tratase de la aplicación de sus propias disposiciones legales. La ayuda administrativa de las indicadas Autoridades y Organismos será en principio gratuita. Sin embargo, las Autoridades competentes de los dos Estados contratantes podrán acordar el reembolso de determinados gastos.

2. Las Autoridades diplomáticas y consulares de carrera de un Estado contratante podrán representar a los súbditos de su propio Estado frente a las Autoridades, Organismos y Tribunales de la Seguridad Social del otro Estado. Para ello, no será necesario presentar poder especial.

3. Los reconocimientos médicos necesarios para el cumplimiento de las disposiciones legales de un Estado contratante, relativas a las personas que se encuentren en el territorio del otro Estado, se llevarán a cabo a petición del Organismo competente por el Organismo del Estado en cuyo territorio se hallen las personas que hayan de someterse a tales reconocimientos. El importe de estos reconocimientos médicos, así como los gastos de viaje, la pérdida de retribución y los gastos que hubiera ocasionado el cambio de alojamiento dispuesto para fines de observación facultativa, así como los demás adicionales, serán reembolsados por el Organismo competente.

4. Las Autoridades competentes intercambiarán información constantemente con respecto a:

- a) las medidas adoptadas para la aplicación del Convenio
- b) todas las modificaciones y normas complementarias de las disposiciones legales internas concernientes a la aplicación del Convenio.

Artículo 46

1. Si con arreglo a las disposiciones legales de un Estado contratante, los documentos y demás escritos que hayan de presentarse ante cualquier Autoridad, Tribunal u Organismo en dicho Estado estuvieran total o parcialmente exentos de impuestos o derechos, la mencionada exención se extenderá asimismo a los documentos y demás escritos que, en aplicación del presente Convenio, hayan de presentarse ante cualquier Autoridad, Tribunal u Organismo del otro Estado.

2. Los documentos que para la aplicación del presente Convenio hubieran de presentarse ante una Autoridad, Tribunal u Organismo de un Estado contratante, no precisarán ser legalizados para su utilización en el territorio del otro Estado siempre que vayan provistos de la estampilla o sello oficial correspondiente.

Artículo 47

1. En la aplicación del presente Convenio las Autoridades, Tribunales y Organismos de ambos Estados contratantes podrán utilizar su propia lengua oficial, entre sí, con las personas interesadas y con los representantes de las mismas.

2. Las Autoridades, Tribunales y Organismos de un Estado contratante no podrán rechazar las solicitudes y demás escritos que se les dirijan por el hecho de estar redactados en la lengua oficial del otro Estado.

(3) Urteile, Bescheide und sonstige Schriftstücke, die von einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger des einen Vertragsstaates zuzustellen sind, können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, über die Verbindungsstellen oder unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 48

Anträge, Erklärungen oder Rechtsbehelfe, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger dieses Staates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei einer entsprechenden Behörde, einem entsprechenden Gericht oder einem entsprechenden Träger des anderen Vertragsstaates eingereicht werden. In diesem Fall übermitteln die in Anspruch genommenen Behörden, Gerichte oder Träger diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsbehelfe entweder unmittelbar oder durch Einschaltung der zuständigen Behörden unverzüglich an die zuständige Behörde, das zuständige Gericht oder den zuständigen Träger des anderen Vertragsstaates. Der Tag, an dem diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsbehelfe bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger des zweiten Vertragsstaates eingegangen sind, gilt als der Tag des Eingangs bei der zuständigen Behörde, dem zuständigen Gericht oder dem zuständigen Träger.

Artikel 49

Beiträge, die dem Träger eines Vertragsstaates geschuldet werden, können im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nach dem Verwaltungsverfahren und mit den Sicherungen und Vorrechten eingezogen werden, die für die Einziehung der dem entsprechenden Träger des anderen Vertragsstaates geschuldeten Beiträge gelten.

Artikel 50

Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden erhält, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, dort gegen Dritte Anspruch auf Ersatz des Schadens, so gehen die Ansprüche, die der Leistungsempfänger gegen diese hat, nach den für den zuständigen Träger geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere hinsichtlich der Bedingungen und des Umfangs, auf diesen Träger über.

Kapitel 4

Anwendung des Abkommens

Artikel 51

Die zuständigen Behörden können die zur Anwendung dieses Abkommens notwendigen Maßnahmen in Vereinbarungen regeln. Sie können insbesondere Verbindungsstellen einrichten.

Artikel 52

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

3. Las sentencias, resoluciones y otros documentos de una Autoridad, Tribunal u Organismo de un Estado contratante, podrán ser remitidos a través de las Oficinas de Enlace o directamente a una persona residente en el territorio del otro Estado contratante, mediante carta certificada con acuse de recibo.

Artículo 48

Las solicitudes, declaraciones o recursos que, por aplicación de las disposiciones legales de uno de los Estados contratantes, deban ser presentados en un plazo determinado ante una Autoridad, Tribunal u Organismo de este Estado, serán admitidos si en el mismo plazo son presentados ante una Autoridad, Tribunal u Organismo correspondiente del otro Estado contratante. En este caso, la Autoridad, Tribunal u Organismo deberá transmitir sin demora, directamente o a través de las Autoridades competentes, las indicadas solicitudes, declaraciones o recursos a la Autoridad, Tribunal u Organismo competente del primer Estado contratante. La fecha en la que estas solicitudes, declaraciones o recursos hayan sido presentados ante una Autoridad, Tribunal u Organismo del segundo Estado contratante se considerará como fecha de entrada ante la Autoridad, Tribunal u Organismo competente para resolver.

Artículo 49

La percepción de las cotizaciones debidas a un Organismo de uno de los dos Estados contratantes podrá ser efectuada en el territorio del otro Estado de acuerdo con el procedimiento administrativo y con las garantías y privilegios aplicables a la percepción de cotizaciones debidas a un Organismo correspondiente de este Estado.

Artículo 50

Si una persona recibe prestaciones en virtud de las disposiciones legales de un Estado contratante por un daño sufrido en el territorio del otro Estado contratante y tuviera derecho en el territorio de éste a reclamar a terceros la reparación de ese daño, el Organismo competente se subrogará, de conformidad con las disposiciones legales aplicables por dicho Organismo competente, en los derechos que correspondan a dicha persona frente a terceros, en especial respecto a sus condiciones y cuantía.

Capítulo 4

Aplicación del Convenio

Artículo 51

Las Autoridades competentes podrán establecer en acuerdos las medidas necesarias para la aplicación del presente Convenio. Podrán designar en particular Oficinas de Enlace.

Artículo 52

1. Las diferencias que surjan entre los Estados contratantes con respecto a la interpretación o aplicación del presente Convenio se resolverán en la medida de lo posible por las Autoridades competentes.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den beiden Staaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 53

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einem Berechtigten einen Vorschuß gewährt, so kann der Träger oder auf dessen Ersuchen der zuständige Träger des anderen Staates den Vorschuß von einer Nachzahlung oder den laufenden Zahlungen einbehalten, die dem Berechtigten zustehen.

(2) Wird der Berechtigte von einem Träger der Fürsorge eines Vertragsstaates für einen Zeitraum unterstützt, für den er Anspruch auf eine Geldleistung hat, so ist diese von der auszahlenden Stelle auf Ersuchen des Fürsorgeträgers zu dessen Gunsten bis zur Höhe der gezahlten Unterstützung einzubehalten. Das gleiche gilt, wenn Angehörige des Berechtigten unterstützt worden sind, für die Ansprüche, die ihm mit Rücksicht auf diese Angehörigen zustehen.

Artikel 54

Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten über Wahlrecht und Wählbarkeit der Versicherten und ihrer Arbeitgeber zu den Organen der Träger und ihrer Verbände sowie zu den Behörden der Sozialversicherung werden durch Artikel 4 nicht berührt.

2. De no poderse resolver por este procedimiento alguna diferencia ésta se someterá a un Tribunal arbitral a petición de cualquiera de los dos Estados contratantes.

3. El Tribunal arbitral se constituirá en cada caso de la forma siguiente: cada Estado contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente un súbdito de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de los dos Estados contratantes. Los miembros serán nombrados en el plazo de dos meses, el Presidente en el plazo de tres meses, contados a partir de la fecha en que uno de los Estados contratantes haya notificado al otro su decisión de someter la diferencia a un Tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el apartado 3 no son cumplidos, y salvo otro acuerdo, cada Estado contratante podrá solicitar del Presidente del Tribunal Internacional de Justicia que proceda a efectuar los nombramientos necesarios. En el caso en que el Presidente sea súbdito de uno de los Estados contratantes, o si fuese recusado por alguna otra razón, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente fuese también súbdito de uno de los dos Estados contratantes o si fuese asimismo recusado, será el miembro del Tribunal inmediatamente inferior jerárquicamente y que no sea súbdito de uno de los Estados contratantes, quien debe llevar a cabo los nombramientos.

5. El Tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos, teniendo en cuenta los Tratados existentes entre los dos Estados y el derecho internacional general. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Estado contratante tomará a su cargo los gastos ocasionados por su árbitro así como los gastos de su representación en el procedimiento ante el Tribunal arbitral; los gastos del Presidente y cualesquiera otros serán asumidos por partes iguales por los dos Estados contratantes. El Tribunal arbitral podrá establecer otro procedimiento para el pago de los gastos. Por lo demás el Tribunal arbitral regulará su propio procedimiento.

Artículo 53

1. En el caso de que un Organismo de un Estado contratante hubiere concedido algún anticipo a un beneficiario, dicho Organismo o, a petición suya, el Organismo competente del otro Estado, podrá descontar el mencionado anticipo de los pagos corrientes o atrasados que hayan de hacerse al citado beneficiario.

2. Si un beneficiario recibiese ayuda de un Centro oficial asistencial de un Estado contratante durante un período en el cual tuviere derecho a percibir una prestación económica, el Organismo encargado de pagar ésta deberá retener, a petición del Centro oficial asistencial y a favor del mismo, la cantidad precisa hasta cubrir el importe de la asistencia prestada. Si hubieran sido asistidos familiares del beneficiario lo indicado se aplicará igualmente a los derechos que a éste correspondan en relación con dichos familiares.

Artículo 54

Las disposiciones legales de ambos Estados contratantes sobre el derecho de sufragio activo y pasivo de los asegurados y de sus empresarios en relación con la representación en los Organismos y en sus Asociaciones, así como con referencia a las Autoridades en materia de la Seguridad Social, no serán afectadas por lo dispuesto en el artículo 4.

Abschnitt VII**Übergangs- und Schlußbestimmungen****Artikel 55**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach diesem Abkommen werden sämtliche Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Ein Leistungsanspruch wird auch für Ereignisse begründet, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens liegen, soweit Absatz 1 nicht etwas anderes bestimmt.

(4) Leistungen jeder Art, die wegen der Staatsangehörigkeit oder des Wohnortes einer Person nicht festgestellt worden sind oder geruht haben, werden auf Antrag der betreffenden Person nach Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt oder wieder gewährt, es sei denn, daß früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalabfindung abgegolten worden sind.

(5) Wird der Antrag nach Absatz 4 innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt, so werden die Ansprüche auf Grund dieses Abkommens mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an erworben, ohne daß der betreffenden Person Ausschußfristen oder Verjährungsvorschriften eines Vertragsstaates entgegengehalten werden können.

Artikel 56

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Spanischen Staates innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 57

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres vom Inkrafttreten des Abkommens an geschlossen. Es gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern es nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

(2) Tritt das Abkommen außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für bis dahin erworbene Leistungsansprüche weiter; einschränkende innerstaatliche Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

(3) Das Abkommen wird auf Anwartschaften, die bis zu seinem Außerkrafttreten erworben sind, nach Maßgabe einer Zusatzvereinbarung weiter angewendet.

Artikel 58

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden, so bald wie möglich, in Madrid ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. An diesem Tag tritt das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit vom 29. Oktober 1959 außer Kraft.

Título VII**Disposiciones transitorias y finales****Artículo 55**

1. El presente Convenio no tendrá efecto retroactivo con respecto al derecho a las prestaciones que correspondan al período anterior a su entrada en vigor.

2. Todo período de seguro, cumplido bajo las disposiciones legales de uno de los dos Estados contratantes antes de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, será tomado en consideración para la determinación de los derechos que puedan originarse por aplicación de las disposiciones del presente Convenio.

3. Sin perjuicio de lo dispuesto en el apartado 1, se originará el derecho a prestaciones incluso cuando se trate de una contingencia producida con anterioridad a la fecha de entrada en vigor del presente Convenio.

4. Toda prestación que no haya sido reconocida o que haya sido suspendida como consecuencia de la nacionalidad del interesado o de su residencia, será reconocida o restablecida a petición del interesado, a partir de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, siempre que los derechos anteriormente concedidos no hayan consistido en el abono de una cantidad a tanto alzado.

5. La solicitud a que se refiere el apartado anterior deberá presentarse en el plazo de dos años contados a partir de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio; en tal caso los derechos correspondientes por aplicación del mismo serán adquiridos a partir de dicha fecha, sin que las disposiciones legales aplicables sobre caducidad o prescripción de derechos puedan ser aducidas.

Artículo 56

El presente Convenio se aplicará también al "Land" Berlin, en tanto que el Gobierno de la República Federal no haga una declaración en contrario al Gobierno español dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 57

1. El presente Convenio se concierta por el plazo de un año a partir de la entrada en vigor del mismo. Quedará prorrogado tácitamente de año en año, siempre que uno de los Estados contratantes no lo denuncie por escrito como mínimo con una antelación de tres meses antes del término de cada período anual.

2. A la expiración del Convenio sus disposiciones seguirán rigiendo en orden a los derechos sobre prestaciones adquiridas hasta entonces; por lo que concierne a tales derechos no se tendrán en cuenta las disposiciones legales internas restrictivas referentes a la caducidad de un derecho o a la suspensión o privación de prestaciones a causa de la residencia o estancia en el extranjero.

3. El presente Convenio seguirá aplicándose a las expectativas de derecho adquiridas hasta el momento de la expiración de aquel, conforme a un Acuerdo adicional.

Artículo 58

1. El presente Convenio será ratificado. Los instrumentos de ratificación se canjearán lo antes posible en Madrid.

2. El presente Convenio entrará en vigor el primer día del segundo mes siguiente al vencimiento del mes en que se hayan canjeado los instrumentos de ratificación. En dicha fecha quedará derogado el Convenio sobre Seguridad Social entre el Estado Español y la República Federal de Alemania de fecha 29 de octubre de 1959.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

EN FE DE LO CUAL los Plenipotenciarios de ambas Partes Contratantes firman y estampan sus sellos al pie del presente Convenio.

GESCHEHEN zu Bonn am 4. Dezember 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

HECHO en Bonn, el 4 de diciembre de 1973, en dos ejemplares en lengua alemana y española, haciendo fe y siendo obligatorios por igual ambos textos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Scheel

Für den Spanischen Staat
Por el Estado Español

Rodó

Schlußprotokoll
zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Spanischen Staat
über Soziale Sicherheit vom 4. Dezember 1973

Protocolo final
al Convenio entre la República Federal de Alemania
y el Estado Español
sobre Seguridad Social de 4 de diciembre de 1973

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat abgeschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit haben die Unterzeichneten folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gilt Abschnitt III des Abkommens nicht.

Artikel 2

Die zuständigen Träger eines jeden Vertragsstaates müssen dem Versicherten während des Verfahrens zur Feststellung der Rente nach Abschnitt III des Abkommens einen Vorschuß gewähren, wenn der Versicherte die Voraussetzungen zum Bezug einer Rente nach den Rechtsvorschriften dieses Staates erfüllt oder, wenn aus den vorgelegten Unterlagen hervorgeht, daß er wahrscheinlich die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine solche Rente erfüllen wird.

Artikel 3

(1) Spanische Staatsangehörige, die in der Bundesrepublik bei Krankheit oder Arbeitsunfall versichert sind, haben bei einem vorübergehendem Aufenthalt in einem Drittstaat Anspruch auf Leistungen.

(2) Deutsche Staatsangehörige, die einen Anspruch auf Leistungen bei Krankheit, Mutterschaft und Unfall aus der spanischen Sozialen Sicherheit haben, behalten diesen Anspruch bei einem vorübergehendem Aufenthalt in einem Drittstaat.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Familienangehörigen.

(4) Die Anwendung der Absätze 1 bis 3 setzt voraus, daß die beiden Vertragsstaaten und der betreffende Drittstaat ein entsprechendes Abkommen geschlossen haben.

Artikel 4

Muß für die Gewährung einer Ermessungsleistung nach den spanischen Rechtsvorschriften eine Wartezeit erfüllt sein, so findet Artikel 22 Absatz 2 des Abkommens entsprechend Anwendung.

Con ocasión de la firma del Convenio sobre Seguridad Social concertado hoy entre la República Federal de Alemania y el Estado Español los infrascritos acuerdan lo siguiente:

Artículo 1

No será de aplicación lo dispuesto en el Título III del Convenio al Seguro adicional existente en el Sarre para los trabajadores minero-siderúrgicos.

Artículo 2

Los Organismos competentes de cada Estado contratante deberán conceder al asegurado un anticipo durante la tramitación del expediente necesario para la determinación de la pensión con arreglo al Título III del Convenio, siempre y cuando el asegurado reúna las condiciones necesarias para la percepción de una pensión con arreglo a las disposiciones legales de este Estado, o si de los documentos presentados puede presumirse que dicho asegurado cumplirá las condiciones requeridas para tener derecho a dicha pensión.

Artículo 3

1. Los súbditos españoles que estén incluidos en el Seguro de Enfermedad y en el Seguro de Accidentes de trabajo en la República Federal tendrán derecho a prestaciones durante su estancia temporal en un tercer Estado.

2. Los súbditos alemanes con derecho a prestaciones de la Seguridad Social española por enfermedad, maternidad y accidentes conservarán tal derecho durante su estancia temporal en un tercer Estado.

3. Los apartados 1 y 2 serán aplicables por analogía a los familiares.

4. La aplicación de los apartados 1 a 3 de este artículo estará condicionada a que los dos Estados contratantes y el referido tercer Estado hayan suscrito un Convenio al efecto.

Artículo 4

Cuando para la concesión de una prestación graciable tenga que cumplirse según las disposiciones legales españolas un período de carencia, se aplicará por analogía lo dispuesto en el artículo 22, apartado 2, del Convenio.

Artikel 5

Das Abkommen findet keine Anwendung auf die deutschen Staatsangehörigen, die dem diplomatischen oder berufskonsularischen Personal oder dem Verwaltungspersonal der deutschen diplomatischen Vertretung oder konsularischen Vertretungen in Spanien angehören oder im Dienst dieser Vertretungen oder des genannten Personals stehen.

Artikel 6

Regelungen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem dritten Staat über die Übernahme von Verpflichtungen aus der Sozialversicherung finden unbeschadet des Artikels 2 Absatz 4 des Abkommens auch im Verhältnis der beiden Vertragsstaaten Anwendung.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 4. Dezember 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artículo 5

El Convenio no se aplicará a los súbditos alemanes que formen parte del personal diplomático, consular o administrativo de las representaciones diplomáticas o consulares alemanas en España, o estén contratados al servicio de éstas o de aquel.

Artículo 6

No obstante lo dispuesto en el artículo 2, apartado 4, del Convenio, los Acuerdos entre un tercer Estado y uno de los Estados contratantes, en los que uno de ellos asuma obligaciones dimanantes de un Seguro Social, serán tenidos en cuenta en las relaciones entre los dos Estados contratantes.

Este Protocolo final constituye parte integrante del Convenio sobre Seguridad Social entre el Estado Español y la República Federal de Alemania. Entrará en vigor el mismo día que el Convenio y permanecerá vigente tanto tiempo como éste.

HECHO en Bonn, el 4 de diciembre de 1973, en dos ejemplares en lengua alemana y española, haciendo fe y siendo obligatorios por igual ambos textos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Scheel

Für den Spanischen Staat
Por el Estado Español
Rodó

**Zusatzvereinbarung
zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Spanischen Staat
über Soziale Sicherheit**

**Acuerdo complementario
del Convenio de Seguridad Social
entre la República Federal de Alemania
y el Estado Español
de 4 de diciembre de 1973**

ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS vom 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit haben die beiden Vertragsstaaten folgende Zusatzvereinbarung geschlossen:

EN APLICACIÓN DEL CONVENIO de Seguridad Social entre la República Federal de Alemania y el Estado Español, de 4 de diciembre de 1973, los dos Estados contratantes han concertado el siguiente Acuerdo complementario:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Für die Anwendung dieser Vereinbarung

- a) bezeichnet der Begriff „Abkommen“ das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit vom 4. Dezember 1973;
- b) gelten die in dem Abkommen festgelegten Begriffsbestimmungen.

Artikel 2

Zuständige Träger im Sinne des Artikels 1 Nummer 7 des Abkommens sind

A. in der Bundesrepublik

1. für die Krankenversicherung
 - a) der Träger, dem der Versicherte angehört,
 - b) im Falle des Artikels 20 des Abkommens der Träger, bei dem der Verstorbene zuletzt versichert war;
2. für die Rentenversicherung der Arbeiter
 - a) die Seekasse, Hamburg, oder die Bundesbahnversicherungsanstalt, Frankfurt (Main), je nachdem, welchem der Träger der Versicherte zuletzt angehört hat,
 - b) in allen anderen Fällen die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf;
3. für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, und soweit Beiträge zur Seekasse entrichtet wurden, die Seekasse Hamburg;

Título I

Disposiciones Generales

Artículo 1

Para la aplicación de este Acuerdo

- a) el término "Convenio" designa al Convenio de Seguridad Social entre la República Federal de Alemania y el Estado Español, de 4 de diciembre de 1973;
- b) las definiciones establecidas en el Convenio tendrán en este Acuerdo igual significado.

Artículo 2

Son Organismos competentes a tenor de lo establecido en el artículo 1, apartado 7, del Convenio:

A. En la República Federal:

1. para el Seguro de Enfermedad
 - a) el Organismo al que pertenezca el asegurado;
 - b) en el caso a que se refiere el artículo 20 del Convenio, el Organismo en el que últimamente estuviera asegurado el fallecido;
2. para el Seguro Obrero de Pensiones
 - a) la Caja Marítima (Seekasse), Hamburgo, o el Instituto de Seguros de los Ferrocarriles Federales (Bundesbahnversicherungsanstalt), Frankfurt-Main, según cual sea el Organismo al que últimamente haya pertenecido el asegurado;
 - b) en todos los demás casos el Instituto de Seguros de Rheinprovinz (Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz) Düsseldorf;
3. para el Seguro de Pensiones para Empleados
el Instituto Federal de Seguros para Empleados (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), Berlín, y en tanto se hayan pagado cuotas a la Caja Marítima, la Caja Marítima (Seekasse), Hamburgo;

4. für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum;
5. für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung

die Landesversicherungsanstalt Saarland, Saarbrücken;
6. für die Unfallversicherung
der jeweils zuständige Träger der Unfallversicherung;
7. für die Familienleistungen
die Bundesanstalt für Arbeit — Kindergeldkasse —;

B. in Spanien

1. die Nationale Vorsorgeanstalt für die folgenden Leistungen des Allgemeinen Systems: Sachleistungen bei Mutterschaft, Krankheit und Unfall mit Ausnahme von Arbeitsunfällen; Geldleistungen bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und vorläufiger Invalidität und bei Familienleistungen. Dieser Träger ist auch zuständig für die zusätzlichen Leistungen der Sozialen Betreuung und der Sozialdienste zu den genannten Regelleistungen;
2. die Gegenseitigkeitsvereine der Arbeitnehmer für die nachstehenden Leistungen des Allgemeinen Systems: bei Alter, dauernder Invalidität, im Todesfall und für Hinterbliebene ohne Rücksicht auf die Ursache; bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und bei vorläufiger Invalidität auf Grund von Arbeitsunfällen und Berufskrankheit. Diese Träger sind auch zuständig für die zusätzlichen Leistungen der Sozialen Betreuung und der Sozialdienste zu den genannten Regelleistungen;
3. die Gegenseitigkeitsvereine der Arbeitnehmer im Kohlenbergbau für die Leistungen des Sondersystems für den Kohlenbergbau;
4. die Gegenseitigkeitsvereine für Selbständige für die Leistungen des Sondersystems der Selbständigen;
5. der Nationale Gegenseitigkeitsverein für Eisenbahnbedienstete für die Leistungen des Sondersystems für Eisenbahnbedienstete;
6. der Gegenseitigkeitsverein der Schüler- und Studenten-Versicherung für die Leistungen des Sondersystems für Schüler und Studenten;
7. der Nationale Gegenseitigkeitsverein für Handelsvertreter für die Leistungen des Sondersystems für Handelsvertreter;
8. der Nationale Gegenseitigkeitsverein für die Landwirtschaft für die Leistungen des Sondersystems für die Landwirtschaft;
9. das Sozialinstitut der Marine für die Leistungen des Sondersystems für Seeleute;
10. der Nationale Gegenseitigkeitsverein für Künstler für die Leistungen des Sondersystems für Künstler;
11. der Gegenseitigkeitsverein der Arbeitnehmer für Schriftsteller für die Leistungen des Sondersystems für Schriftsteller;
12. der Nationale Gegenseitigkeitsverein für Hausangestellte für die Leistungen des Sondersystems für das Hauspersonal;

4. para el Seguro Minero de Pensiones
el Instituto Federal para Trabajadores Mineros (Bundesknappschaft), Bochum;
5. para el Seguro Complementario Minero-siderometalúrgico existente en el Estado del Sarre (Saarland)
el Instituto de Seguros de Saarland (Landesversicherungsanstalt Saarland), Saarbrücken;
6. para el Seguro de Accidentes
el Organismo del Seguro de Accidentes competente en cada caso;
7. para las prestaciones familiares
el Instituto Federal de Trabajo —Caja de Subsidios Familiares— (Bundesanstalt für Arbeit —Kindergeldkasse—);

B. en España:

1. El Instituto Nacional de Previsión para las prestaciones del Régimen General siguientes: asistencia sanitaria por maternidad, enfermedad común y accidente no laboral; prestaciones económicas por incapacidad laboral transitoria e invalidez provisional y prestaciones familiares. Será, asimismo, competente para las prestaciones de Asistencia Social y Servicios Sociales complementarios de las mencionadas prestaciones básicas.
2. Las Mutualidades Laborales para las prestaciones del Régimen General siguientes: vejez, invalidez permanente, muerte y supervivencia, cualquiera que sea su causa; incapacidad laboral transitoria e invalidez provisional derivadas de accidentes de trabajo y enfermedad profesional. Serán, asimismo, competentes para las prestaciones de Asistencia Social y Servicios Sociales complementarios de las mencionadas prestaciones básicas.
3. Las Mutualidades Laborales del Carbón para las prestaciones del Régimen Especial de la Minería del Carbón.
4. Las Mutualidades Laborales de Trabajadores Autónomos para las prestaciones del Régimen Especial de Trabajadores Autónomos.
5. La Mutualidad Nacional de Trabajadores Ferroviarios para las prestaciones del Régimen Especial de Trabajadores Ferroviarios.
6. La Mutualidad del Seguro Escolar para las prestaciones del Régimen Especial de Estudiantes.
7. La Mutualidad Nacional de Representantes de Comercio para las prestaciones del Régimen Especial de Representantes de Comercio.
8. La Mutualidad Nacional Agraria para las prestaciones del Régimen Especial Agrario.
9. El Instituto Social de la Marina para las prestaciones del Régimen Especial de Trabajadores del Mar.
10. La Mutualidad Nacional de Artistas para las prestaciones del Régimen Especial de Artistas.
11. La Mutualidad Laboral de Escritores de Libros para las prestaciones del Régimen Especial de Escritores de Libros.
12. La Mutualidad Nacional de Empleados del Hogar para las prestaciones del Régimen Especial del Servicio Doméstico.

13. der Gegenseitigkeitsverein des Wohltätigkeitsverbandes der Stierkämpfer für die Leistungen des Sondersystems für Stierkämpfer;
14. der Ausgleichsfonds für die Zahlung von Pensionen oder Renten, die von den zuständigen Trägern bei Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten gewährt werden.

Artikel 3

Verbindungsstellen im Sinne des Artikels 51 des Abkommens sind

1. in der Bundesrepublik:

- a) für die Krankenversicherung
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn-Bad Godesberg,
- b) für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf,
- c) für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,
- d) für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,
- e) für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt Saarland, Saarbrücken,
- f) für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bonn,
- g) für die Familienleistungen
die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit — Kindergeldkasse —, Nürnberg;

2. in Spanien:

- a) die Nationale Vorsorgeanstalt (Instituto Nacional de Prevision) bezüglich
Sach- und Geldleistungen bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und vorläufiger Invalidität ohne Rücksicht auf die Entstehungsursache;
Krankenbehandlung von Rentnern und Empfängern anderer regelmäßig wiederkehrender Leistungen;
Leistungen zum Schutze der Familie;
- b) die Dienststelle der Gegenseitigkeitsvereine für Arbeitnehmer (Servicio de Mutualidades Laborales) bezüglich
Altersrenten;
Renten und anderer Geldleistungen bei dauernder Invalidität und für Hinterbliebene, die aus Krankheit, Berufskrankheit oder Unfall ohne Rücksicht auf die Entstehungsursache herrühren;
Sterbegelder ohne Rücksicht auf die Todesursache;

sozialer Betreuung und Sozialdienste.

Die vorstehende Aufgabenteilung unter den Verbindungsstellen erstreckt sich auf das Allgemeine System und alle Sondersysteme der Sozialen Sicherheit Spaniens.

13. El Montepío de la Asociación Benéfica de Toreros para las prestaciones del Régimen Especial de Toreros.

14. El Fondo Compensador para el pago de pensiones o rentas constituidas por los Organismos competentes en materias de accidentes de trabajo o enfermedades profesionales.

Artículo 3

Se designan Oficinas de Enlace de acuerdo con el artículo 51 del Convenio:

1. En la República Federal:

- a) para el Seguro de Enfermedad
la Unión Federal de Cajas Locales de Enfermedad (Bundesverband der Ortskrankenkassen), Bonn-Bad Godesberg;
- b) para el Seguro Obrero de Pensiones
el Instituto de Seguros de Rheinprovinz (Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz), Düsseldorf;
- c) para el Seguro de Pensiones para Empleados
el Instituto Federal de Seguros para Empleados (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), Berlin;
- d) para el Seguro Minero de Pensiones
el Instituto Federal para Trabajadores Mineros (Bundesknappschaft), Bochum;
- e) para el Seguro Complementario Minero-siderometalúrgico existente en el Estado del Sarre (Saarland)
el Instituto de Seguros de Saarland (Landesversicherungsanstalt Saarland), Saarbrücken;
- f) para el Seguro de Accidentes
la Federación Central de Cooperativas Profesionales de la Industria (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften), Bonn;
- g) para las prestaciones familiares
la Sede Central del Instituto Federal de Trabajo —Caja de Subsidios Familiares— (Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit —Kindergeldkasse—), Nürnberg.

2. En España:

- a) El Instituto Nacional de Previsión, por lo que respecta a:
 - Las prestaciones sanitarias y económicas por incapacidad laboral transitoria e invalidez provisional, cualquiera que sea su causa.
 - Asistencia sanitaria a pensionistas y perceptores de otras prestaciones periódicas.
 - Prestaciones de protección a la familia.
- b) El Servicio de Mutualidades Laborales, por lo que respecta a:
 - Las pensiones de vejez.
 - Pensiones y otras prestaciones económicas por invalidez permanente y supervivencia, derivadas de enfermedad común, profesional o de accidente cualquiera que sea su causa.
 - Prestaciones por defunción, cualquiera que sea su causa.
 - Asistencia social y servicios sociales.

La expresada distribución de funciones entre las Oficinas de Enlace se extiende a todos los Regímenes, General y Especiales, que componen el sistema de la Seguridad Social española.

Artikel 4

Die zuständige Behörde jedes Vertragsstaates kann andere Verbindungsstellen einrichten oder andere zuständige Träger bestimmen. Sie teilt solche Änderungen der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates unverzüglich mit.

Artikel 5

Die Verbindungsstellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Durchführung des Abkommens und dieser Vereinbarung zu fördern und die Versicherten über ihre Rechte und Pflichten nach dem Abkommen aufzuklären. Sie vereinbaren, unbeschadet des Artikels 51 des Abkommens, erforderlichenfalls unter Berücksichtigung von Richtlinien der zuständigen Behörden, in ihrem Zuständigkeitsbereich Verwaltungsmaßnahmen zu seiner Durchführung.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

(Versicherung für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld)

Artikel 6

(1) In den in Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens bezeichneten Fällen werden die Leistungen gewährt:

- a) in der Bundesrepublik von der für den Aufenthaltsort dieser Person zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse;
- b) in Spanien von der Nationalen Vorsorgeanstalt.

(2) Träger des Aufenthaltsortes im Sinne des Artikels 16 Absatz 3 des Abkommens ist der in Absatz 1 genannte Träger.

(3) Sind in den Fällen des Artikels 15 Absatz 1 des Abkommens

- a) die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so ist die Krankenkasse zuständig, die bei gewöhnlichem Aufenthalt der betreffenden Person im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik zuständig wäre; ist danach die betreffende Person bei einer Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert oder kann die Zuständigkeit einer Krankenkasse nicht begründet werden, so ist die Allgemeine Ortskrankenkasse Bad-Godesberg, Bonn-Bad Godesberg, zuständig;
- b) die spanischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so ist die Nationale Vorsorgeanstalt zuständig.

Artikel 7

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person innerhalb von 3 Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsortes eine ärztliche Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsortes überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person innerhalb von 3 Tagen

Artículo 4

La Autoridad competente de cada Estado contratante puede crear otras Oficinas de Enlace o determinar otros Organismos competentes. Notificará sin demora tales cambios a la Autoridad competente del otro Estado contratante.

Artículo 5

Las Oficinas de Enlace deberán facilitar, en la esfera de su competencia, la aplicación del Convenio y del presente Acuerdo, así como informar a los asegurados de sus derechos y obligaciones derivados del Convenio. A reserva de lo dispuesto en el artículo 51 del Convenio acordarán, teniendo en cuenta en caso necesario las directrices de las Autoridades competentes y en la esfera de su competencia, las medidas administrativas para su aplicación.

Título II

Disposiciones especiales

Capítulo 1

Enfermedad, Maternidad y Muerte

(Subsidio por defunción)

Artículo 6

1. En los casos indicados en el artículo 16, apartado 1, del Convenio las prestaciones se concederán:

- a) en la República Federal, por la Caja General Local de Enfermedad (Allgemeine Ortskrankenkasse), competente para el lugar de residencia del beneficiario.
- b) En España, por el Instituto Nacional de Previsión.

2. Organismo del lugar de residencia, en el sentido a que se refiere el artículo 16, apartado 3, del Convenio es el Organismo indicado en el apartado 1 anterior.

3. En los casos a que se refiere el artículo 15, apartado 1, del Convenio:

- a) Cuando sean aplicables las disposiciones legales alemanas, será competente la Caja de Enfermedad que corresponda si el lugar de residencia habitual del interesado fuera el territorio de la República Federal; si, en ese caso, la persona en cuestión está asegurada en una Caja General Local de Enfermedad o no es posible fijar la competencia de ninguna Caja de Enfermedad, será competente la Caja General Local de Enfermedad de Bad Godesberg, Bonn-Bad Godesberg;
- b) Cuando sean aplicables las disposiciones legales españolas, será competente el Instituto Nacional de Previsión.

Artículo 7

1. Para percibir prestaciones económicas durante la permanencia en el territorio del Estado contratante en el que el Organismo competente no tenga su sede, el interesado presentará al Organismo del lugar de residencia el dictamen médico que acredite su incapacidad laboral, dentro del plazo de los tres días siguientes a haberse producido dicha incapacidad. El Organismo del lugar de residencia comprobará y confirmará la incapacidad.

in gleicher Weise wie bei seinen eigenen Versicherten und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit.

(2) Für den Bezug von Leistungen in den Fällen des Artikels 13 Absatz 2 des Abkommens legt die betreffende Person dem Träger des Aufenthaltsortes unverzüglich eine Bescheinigung des zuständigen Trägers darüber vor, daß sie den Leistungsanspruch nach dem Wechsel des Aufenthaltsortes behält.

Artikel 8

Die Geldleistungen werden dem Versicherten, der sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, entweder unmittelbar oder im Auftrag und für Rechnung des zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsortes gezahlt.

Artikel 9

In den in Artikel 21 des Abkommens bezeichneten Fällen ist für die Weiterversicherung die für den gewöhnlichen Aufenthaltsort dieser Person zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse zuständig.

Kapitel 2

Rentenversicherungen

(Versicherungen für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen)

Artikel 10

(1) Der zuständige Träger eines Vertragsstaates zahlt Berechtigten, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, die ihnen geschuldeten Leistungen unmittelbar.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden andere Zahlungsweisen, insbesondere die Zahlung über die Verbindungsstellen vereinbaren.

Kapitel 3

Unfallversicherung

(Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten)

Artikel 11

(1) Der zuständige Träger eines Vertragsstaates zahlt Berechtigten, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, die ihnen geschuldeten Leistungen über die Verbindungsstellen.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden andere Zahlungsweisen vereinbaren.

(3) Die Sachleistungen werden in den in Artikel 34 Absatz 1 und 2 des Abkommens bezeichneten Fällen gewährt:

- a) in der Bundesrepublik bei Heilbehandlung durch die Unfallversicherung, Körperersatzstücken und Hilfsmitteln vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, in allen übrigen Fällen von der für den Aufenthaltsort dieser Person zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse;
- b) in Spanien von der Nationalen Vorsorgeanstalt.

cidad laboral de la persona, dentro del plazo de tres días, por el mismo procedimiento que él aplica a sus propios asegurados, y comunicará inmediatamente el resultado al Organismo competente.

2. Para percibir prestaciones en los casos previstos en el Artículo 13, apartado 2, del Convenio, el interesado presentará inmediatamente al Organismo del lugar de residencia un certificado extendido por el Organismo competente acreditando que conserva su derecho a prestaciones después del cambio de residencia.

Artículo 8

Las prestaciones económicas se pagarán al asegurado residente en el territorio del otro Estado contratante, bien directamente o por el Organismo del lugar de residencia por orden y cuenta del Organismo competente.

Artículo 9

En los casos previstos en el artículo 21 del Convenio es competente, para la continuación del seguro, la Caja General Local de Enfermedad competente, en el lugar de residencia habitual del interesado.

Capítulo 2

Vejez, Invalidez y Supervivencia

Artículo 10

1. El Organismo competente de un Estado contratante pagará directamente las prestaciones que les sean adeudadas a los titulares que residan habitualmente en el territorio del otro Estado contratante.

2. No obstante lo dispuesto en el apartado 1, las Autoridades competentes podrán acordar otras formas de pago, especialmente que éste se realice a través de las Oficinas de Enlace.

Capítulo 3

Accidentes de trabajo y enfermedades profesionales

Artículo 11

1. El Organismo competente de un Estado contratante pagará las prestaciones que les sean adeudadas a los titulares que residan habitualmente en el territorio del otro Estado contratante por conducto de las Oficinas de Enlace.

2. Las Autoridades competentes, no obstante lo dispuesto en el apartado 1, podrán acordar otras formas de pago.

3. En los casos a que se refiere el artículo 34, apartados 1 y 2, del Convenio, las prestaciones sanitarias se facilitarán:

- a) En la República Federal en caso de tratamiento terapéutico por el Seguro de Accidentes; para los casos de prótesis y medios auxiliares por la Federación de Asociaciones Profesionales de la Industria; y en todos los demás casos por la Caja General Local de Enfermedad competente para el lugar de residencia del interesado;
- b) En España, por el Instituto Nacional de Previsión.

Kapitel 4 Familienleistungen

Artikel 12

(1) Für die Anwendung des Artikels 40 des Abkommens stellt der Träger des gewöhnlichen Aufenthaltsortes der Angehörigen auf Verlangen die erforderlichen Bescheinigungen aus. Die Bescheinigungen sind vom Tage der Ausstellung an ein Jahr gültig, sofern sie nicht widerrufen werden.

(2) Für den Bezug von Familienleistungen für die in Artikel 40 Absatz 1 Nummer 3 des Abkommens genannten Angehörigen wendet sich der Berechtigte — gegebenenfalls über seinen Arbeitgeber — an den zuständigen Träger.

Artikel 13

(1) In dem Antrag auf Auszahlung der Familienleistungen nach Artikel 40 Absatz 2 des Abkommens ist die Person zu bezeichnen, der die Familienleistungen auszu zahlen sind. Der zuständige Träger ist an diese Angaben gebunden, solange sie nicht widerrufen werden. Der Träger des Aufenthaltsortes der Kinder hat sie zu widerrufen, sobald die Voraussetzungen für die Auszahlung nach Artikel 40 Absatz 2 des Abkommens nicht mehr vorliegen.

(2) In den Fällen des Artikels 40 Absatz 3 des Abkommens gilt Absatz 1 Sätze 1 und 2 entsprechend.

(3) Die Verbindungsstellen vereinbaren Einzelheiten des Überweisungsverfahrens.

Abschnitt III Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 14

(1) Die zuständigen Träger teilen den Trägern der Fürsorge des anderen Vertragsstaates auf Anfrage mit, ob ein Antrag auf Leistungen bei ihnen gestellt ist. Der Träger der Fürsorge meldet den Anspruch auf Ersatz von Fürsorgeleistungen bei dem zuständigen Träger oder, falls dieser seinen Sitz im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates hat, bei der Verbindungsstelle an, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaates hat. Die Anmeldung muß Angaben über die Zeitdauer der Unterstützung und die Höhe der regelmäßig wiederkehrenden und der einmaligen Fürsorgeleistungen enthalten.

(2) Werden die Leistungen nicht binnen eines Monats nach dem Eingang der Anmeldung des Fürsorgeträgers ausgezahlt, so hat der zuständige Träger oder die Verbindungsstelle dem Fürsorgeträger rechtzeitig vor der Auszahlung der Leistung Gelegenheit zu geben, die endgültige Höhe des Ersatzanspruchs mitzuteilen.

(3) Die zahlende Stelle zahlt den Betrag, den sie zugunsten des Fürsorgeträgers einbehalten hat, an diesen aus.

Artikel 15

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Spanischen Staates innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Capítulo 4 Prestaciones familiares

Artículo 12

1. Para la aplicación del artículo 40 del Convenio, el Organismo del lugar de residencia habitual de los familiares extenderá, previa solicitud, las certificaciones necesarias. Las certificaciones tendrán validez durante el plazo de un año, a partir de la fecha en que fueron expedidas, a menos que sean revocadas.

2. Para la percepción de las prestaciones familiares a favor de los familiares indicados en el artículo 40, apartado 1, número 3, del Convenio, el titular del derecho habrá de dirigirse al Organismo competente, en su caso, a través de su empresario.

Artículo 13

1. En la solicitud de pago de prestaciones familiares, según lo dispuesto en el artículo 40, apartado 2, del Convenio se designará la persona a la que deben abonarse éstas. La designación surtirá efectos ante el Organismo competente en tanto en cuanto no sea revocada. El Organismo del lugar de residencia de los hijos dejará sin efecto dicha designación cuando ya no concurren las condiciones necesarias para el pago de las prestaciones, según lo dispuesto en el artículo 40, apartado 2, del Convenio.

2. En los casos a que se refiere el artículo 40, apartado 3, del Convenio, se aplicará, por analogía, lo dispuesto en el anterior apartado 1, párrafos primero y segundo.

3. Las Oficinas de Enlace concertarán los detalles de procedimiento para efectuar las transferencias.

Título III Disposiciones comunes

Artículo 14

1. Previa petición, los Organismos competentes informarán a los Centros oficiales asistenciales del otro Estado Contratante si se ha presentado o no en los primeros una solicitud de prestación. El Centro oficial asistencial formulará la petición de reembolso de las prestaciones asistenciales, al Organismo competente o, caso de que éste tenga su sede en el territorio del otro Estado contratante, a la Oficina de Enlace que tenga su sede en el territorio del propio Estado contratante. La petición mencionará tanto la duración como la cuantía de las prestaciones asistenciales periódicas y de las que hayan sido satisfechas por una sola vez.

2. Si en el plazo de un mes desde la llegada de la petición del Centro oficial asistencial no se efectuare el pago de las prestaciones, el Organismo competente o la Oficina de Enlace, antes del pago de la prestación, dará oportunamente al Centro oficial asistencial la ocasión de notificar la cuantía definitiva de la petición de reembolso.

3. El Organismo pagador abonará al Centro oficial asistencial el importe retenido en favor del mismo.

Artículo 15

El presente Acuerdo se aplicará también en el "Land" Berlin, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno español dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Acuerdo.

Artikel 16

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden, so bald wie möglich, in Madrid ausgetauscht.

(2) Diese Vereinbarung tritt nach Austausch der Ratifikationsurkunden an demselben Tage in Kraft wie das Abkommen. An diesem Tag tritt die Zusatzvereinbarung zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit vom 29. Oktober 1959 außer Kraft.

(3) Diese Vereinbarung gilt für dieselbe Dauer wie das Abkommen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 4. Dezember 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Scheel

Für den Spanischen Staat
Por el Estado Español

Rodó

Artículo 16

1. Este Acuerdo será ratificado. Los instrumentos de ratificación se intercambiarán lo antes posible en Madrid.

2. El Acuerdo entrará en vigor el mismo día que el Convenio después del intercambio de los instrumentos de ratificación. En este día quedará derogado el Acuerdo complementario del Convenio de Seguridad Social de 29 de octubre de 1959, entre el Estado Español y la República Federal de Alemania.

3. Este Acuerdo tendrá la misma duración que el Convenio.

EN FE DE LO CUAL los Plenipotenciarios de ambas Partes firman y estampan sus sellos al pie del presente Acuerdo.

HECHO en Bonn, el 4 de diciembre de 1973, en dos ejemplares en lengua alemana y española, haciendo fe y siendo obligatorios por igual ambos textos.

Abkommen
zur Ergänzung des Abkommens vom 4. Dezember 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat
über Soziale Sicherheit

Convenio
complementario al Convenio del 4 de diciembre de 1973
entre la República Federal de Alemania y el Estado Español
sobre Seguridad Social

Die Bundesrepublik Deutschland
und
der Spanische Staat

VON DEM WUNSCH GELEITET, das zwischen den Vertragsstaaten am 4. Dezember 1973 geschlossene Abkommen (nachstehend als Abkommen bezeichnet) und die an demselben Tag geschlossene Zusatzvereinbarung dem am 12. Juli 1974 geschlossenen Dritten Abkommen zur Änderung des Abkommens vom 29. Oktober 1959 über Soziale Sicherheit und den Erfordernissen, die sich aus der letzten Entwicklung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften ergeben haben, anzupassen,

IN DER ABSICHT, das deutsch-spanische Abkommen vom 4. Dezember 1973 über Soziale Sicherheit zu ergänzen,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

In das Abkommen wird folgender Artikel 33 a eingefügt:

„Artikel 33 a

(1) Der Prozentsatz, um den bei einem Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei Änderung des Lohnniveaus oder aus anderen Anpassungsgründen die Leistungen in einem der beiden Vertragsstaaten geändert werden, gilt unmittelbar für die nach Abschnitt III festgestellten Leistungen, ohne daß eine Neuberechnung vorzunehmen ist.

(2) Ändern sich die Leistungen in den in Absatz 1 genannten Fällen um einen festen Betrag, so wird dieser Betrag ohne Vornahme einer Neuberechnung in dem nach Artikel 22 Absatz 3 bestimmten Verhältnis gewährt.

(3) Bei Änderungen des Feststellungsverfahrens oder der Berechnungsmethode für die Leistungen ist dagegen eine Neuberechnung vorzunehmen.“

Artikel 2

Artikel 40 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Artikel 40

(1) Für die Gewährung von Familienleistungen gilt abweichend von Artikel 5 folgendes:

1. Familienleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates werden Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, nur gewährt, solange diese Personen nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Leistungen nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz A Nummer 1 Buchstaben b, c und d oder Renten nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz B Buchstaben b und c genannten Rechtsvorschriften beziehen.

La República Federal de Alemania
y
el Estado Español

ANIMADOS POR EL DESEO de adaptar el Convenio firmado el 4 de diciembre de 1973 entre los Estados contratantes (denominado a continuación Convenio) y el Acuerdo Complementario de la misma fecha al Tercer Convenio del 12 de julio de 1974, acordado con objeto de modificar el Convenio del 29 de octubre de 1959 sobre Seguridad Social, así como también a las necesidades que resultan de la evolución de las disposiciones legales internas,

CON LA INTENCIÓN de complementar el Convenio alemán-hispano sobre Seguridad Social del 4 de diciembre de 1973,

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

Artículo 1

En el Convenio se incluirá el siguiente artículo 33 bis:

"Artículo 33 bis

(1) Cuando se modifiquen las prestaciones en uno de los Estados contratantes, por aumento del coste de vida o de los salarios o por algún otro motivo, el porcentaje de modificación se aplicará automáticamente a las prestaciones fijadas según el Título III, sin necesidad de efectuar un nuevo cálculo.

(2) En el supuesto mencionado en el apartado 1, si las prestaciones se modifican en un importe fijo determinado, se concederá este importe sin efectuar un nuevo cálculo, en la proporción fijada según artículo 22, apartado 3.

(3) No obstante, cuando varíe el sistema de comprobación o el método de cálculo para las prestaciones, deberá realizarse un nuevo cómputo."

Artículo 2

El artículo 40 del Convenio se redactará de la siguiente manera:

"Artículo 40

(1) No obstante lo dispuesto en el artículo 5, para la concesión de prestaciones familiares, se aplicarán las normas siguientes:

1. Las prestaciones familiares concedidas por aplicación de las disposiciones legales de un Estado contratante se otorgarán a las personas que residan habitualmente en el territorio del otro Estado, mientras perciban, de acuerdo con las disposiciones legales del primer Estado, prestaciones según el artículo 2, apartado 1, inciso A, número 1, letras b), c) y d), o perciban pensiones según las disposiciones enumeradas en el artículo 2, apartado 1, inciso B, letras b) y c).

2. Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Familienleistungen zugunsten von Angehörigen vor, die sich im Hoheitsgebiet dieses Staates gewöhnlich aufhalten, so werden diese Leistungen zugunsten von Angehörigen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, nur gewährt, soweit es sich um Angehörige von Personen handelt, die
- a) als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates beschäftigt sind oder
 - b) als Arbeitnehmer nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses Geldleistungen der Krankenversicherung wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit oder Leistungen der Arbeitslosenversicherung — soweit Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in Betracht kommen, Arbeitslosengeld — erhalten und sich im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates aufhalten oder
 - c) nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Leistungen nach den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz A Nummer 1 Buchstaben b, c und d genannten Rechtsvorschriften beziehen.
3. Ist in den Fällen der Nummer 2 der deutsche Träger zuständiger Träger für die Gewährung der Familienleistungen, so beträgt die Leistung monatlich
- | | |
|-----------------------------------|-------------------|
| für das erste Kind | 10 Deutsche Mark, |
| für das zweite Kind | 25 Deutsche Mark, |
| für das dritte und vierte Kind je | 60 Deutsche Mark, |
| für jedes weitere Kind | 70 Deutsche Mark. |
4. Als Angehörige im Sinne der Nummern 1 und 2 gelten, soweit die anzuwendenden Rechtsvorschriften für diese Personen Familienleistungen vorsehen,
- a) der Ehegatte,
 - b) eheliche Kinder,
 - c) Stiefkinder, die in den Haushalt des Stiefvaters oder der Stiefmutter aufgenommen sind,
 - d) für ehelich erklärte Kinder,
 - e) an Kindes Statt angenommene Kinder,
 - f) nichteheliche Kinder.
- (2) Verwendet der Arbeitnehmer (Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben a und b) die ihm ausgezahlten Familienleistungen nicht für den Unterhalt der Angehörigen, so gilt folgendes:
1. Der zuständige Träger zahlt auf Antrag und durch Vermittlung des Trägers des gewöhnlichen Aufenthaltsortes der Kinder mit befreiender Wirkung die auf ein Kind entfallenden Familienleistungen an die natürliche oder juristische Person, die tatsächlich für das Kind sorgt. Erfüllen neben dem Ehegatten des Berechtigten auch andere Personen diese Voraussetzungen, so sind die Familienleistungen dem Ehegatten auszuführen. In den übrigen Fällen, in denen mehrere Personen gleichzeitig die genannten Voraussetzungen erfüllen, sind die Familienleistungen der Person auszuführen, die für das Kind überwiegend sorgt.
 2. Als auf ein Kind entfallende Familienleistungen im Sinne der Nummer 1 gilt der Betrag, der sich bei einer gleichmäßigen Verteilung der für die Kinder gewährten Familienleistungen auf alle Kinder ergibt.
 3. Der Arbeitnehmer gilt als Empfänger der Familienleistungen im Sinne der Vorschriften über die Rückzahlung zu Unrecht gezahlter Familienleistungen.
2. Si las disposiciones legales de un Estado contratante prevén prestaciones familiares en favor de quienes residan habitualmente en su territorio, dichas prestaciones se concederán en favor de los familiares que residan habitualmente en el territorio del otro Estado solamente cuando se trate de familiares de personas que:
- a) estén empleadas como trabajadores en el territorio del primer Estado o
 - b) se hallen percibiendo como trabajadores prestaciones económicas del Seguro de Enfermedad por incapacidad laboral transitoria, después de que haya sido finalizada la relación laboral, o prestaciones del Seguro de Desempleo, en cuanto sean aplicables las disposiciones de la República Federal de Alemania sobre subsidio de desempleo (Arbeitslosengeld) y residan en el territorio del primer Estado o
 - c) que de acuerdo con las disposiciones legales del primer Estado contratante reciban prestaciones de las designadas en el artículo 2, apartado 1, inciso A, número 1, letra b), c) y d).
3. Si en los casos correspondientes al número 2 el organismo alemán es el competente para la concesión de prestaciones familiares, éstas importarán mensualmente
- | | |
|------------------------------|-----------------------------|
| para el primer hijo | 10 marcos alemanes |
| para el segundo hijo | 25 marcos alemanes |
| para el tercer y cuarto hijo | 60 marcos alemanes por c/u. |
| para cada hijo siguiente | 70 marcos alemanes. |
4. A efectos de lo dispuesto en los números 1 y 2 se consideran como familiares si las disposiciones legales aplicables les reconocen tal condición:
- a) el cónyuge
 - b) los hijos legítimos
 - c) los hijastros que estén acogidos en el hogar del padrastro o de la madrastra
 - d) los hijos legitimados
 - e) los hijos adoptivos
 - f) los hijos ilegítimos.
- (2) Cuando el trabajador (apartado 1, número 2, letras a) y b) no destine a manutención de los familiares las prestaciones que le son abonadas, se procederá de la forma siguiente:
1. El Organismo competente, a instancia y por mediación del Organismo del lugar de residencia habitual de los hijos, abonará, con efecto liberatorio, las prestaciones familiares correspondientes al hijo a la persona natural o jurídica que lo tenga de hecho a su cargo. Si concurren con el cónyuge del titular otras personas que cumplan estos requisitos, las prestaciones familiares deberán ser abonadas al cónyuge. En los demás casos, en que varias personas cumplan al mismo tiempo los requisitos mencionados, las prestaciones familiares deberán abonarse a la que cuide principalmente del hijo.
 2. A efectos de lo dispuesto en el número 1, se considerará como prestación familiar correspondiente a cada hijo la cantidad que resulte de prorratear entre todos los hijos el importe de las prestaciones atribuidas a los mismos.
 3. El trabajador se considerará como perceptor de las prestaciones familiares a efectos de la aplicación, en su caso, de las normas relativas a la devolución de prestaciones familiares, abonadas indebidamente.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn der Arbeitnehmer bei dem zuständigen Träger beantragt, die Familienleistungen durch Vermittlung des Trägers des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Kindes an die Person auszusahlen, die tatsächlich für das Kind sorgt.

(4) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb des Anspruches auf Familienleistungen davon ab, daß Beschäftigungszeiten oder diesen gleichgestellte Zeiten zurückgelegt worden sind, so werden alle Zeiten berücksichtigt, die nacheinander in den Hoheitsgebieten beider Staaten zurückgelegt worden sind."

Artikel 3

(1) Artikel 2 Absatz A Nummer 7 der Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„7. für die Familienleistungen

die Bundesanstalt für Arbeit — Kindergeldkasse — oder die an Stelle der Bundesanstalt für Arbeit mit der Durchführung der deutschen Rechtsvorschriften betraute Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts;“

(2) In Artikel 12 Absatz 2 der Zusatzvereinbarung wird Nummer „3“ durch Nummer „4“ ersetzt.

Artikel 4

In das Schlußprotokoll wird folgender Artikel 7 eingefügt:

„Artikel 7

(1) Zu den Sachleistungen im Sinne des Artikels 16 des Abkommens gehört der Pauschbetrag für die im Zusammenhang mit einer Entbindung entstehenden Aufwendungen nach den deutschen Rechtsvorschriften. Entsprechendes gilt für die Sachleistungen im Sinne des Artikels 16 des deutsch-spanischen Abkommens über Soziale Sicherheit vom 29. Oktober 1959. Soweit in der Vergangenheit abweichend verfahren wurde, hat es sein Bewenden.

(2) Für die Gewährung und Erstattung der Geburtsbeihilfen (premio de natalidad) nach spanischen Rechtsvorschriften gilt folgendes:

- a) Bei Anwendung des Artikels 16 des Abkommens wird ein Drittel dieser Leistungen Versicherten oder Angehörigen der Versicherten, die Anspruch auf Leistungen im Falle der Mutterschaft nach deutschen Rechtsvorschriften haben, bei einem gewöhnlichen Aufenthalt in Spanien nach spanischen Rechtsvorschriften gewährt.
- b) Bei der Erstattung der Kosten durch die deutschen Krankenkassen wird dieses Drittel zugrunde gelegt.

(3) Der Anspruch auf Mutterschaftsgeld nach deutschen Rechtsvorschriften für die in Absatz 2 genannten Personen bleibt unberührt.“

Artikel 5

In das Schlußprotokoll werden folgende Artikel 8 und 9 eingefügt:

„Artikel 8

Tritt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem anderen Staat, mit dessen Regierung eine Anwerbevereinbarung besteht, ein Abkommen in Kraft, das Kindergeld nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland für im Heimatland lebende Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu höheren Sätzen vorsieht als das vorliegende Abkommen, so gelten diese Sätze auch für dieses Abkommen.

(3) Lo dispuesto en el apartado 2 se aplicará por analogía cuando el trabajador solicite del Organismo competente que las prestaciones familiares se abonen por conducto del Organismo del lugar de residencia habitual del hijo a la persona a cuyo cargo se encuentre de hecho el mismo.

(4) Si conforme a las disposiciones legales de un Estado contratante la adquisición del derecho a prestaciones familiares dependiera del hecho de que hubieran transcurrido períodos de empleo o equivalentes, se tendrán en cuenta todos los períodos que sucesivamente se hayan cumplido en los territorios de ambos Estados."

Artículo 3

(1) El artículo 2, apartado A, número 7 del Acuerdo Complementario se incluirá de la siguiente manera:

„7. para las prestaciones familiares

el Instituto Federal de Trabajo —Caja de Subsidio Familiar— o la entidad, institución o fundación de derecho público, a la que le ha sido encomendada, en lugar del mencionado Instituto Federal de Trabajo, la ejecución de las disposiciones legales alemanas."

(2) En el artículo 12, apartado 2 del Acuerdo Complementario se sustituirá el número "3" por el número "4".

Artículo 4

En el Protocolo Final se incluirá el siguiente artículo 7:

"Artículo 7

(1) El importe global por los gastos originados por el parto, en aplicación de las disposiciones legales alemanas, será considerado como prestación en especie, en el sentido del artículo 16 del Convenio. Ello será asimismo aplicable para las prestaciones en especie conforme al artículo 16 del Convenio hispano-alemán sobre Seguridad Social del 29 de octubre de 1959. No se verán afectados por la regulación actual aquellos casos en que anteriormente se hubiese procedido de forma distinta.

(2) Para la concesión y pago del subsidio de nacimiento (premio de natalidad) conforme a la legislación española se procederá de la siguiente forma:

- a) Cuando se aplique el artículo 16 del Convenio, se concederá un tercio de estas prestaciones según la legislación española a los asegurados o a sus familiares, que tengan derecho a prestaciones en caso de maternidad según la legislación alemana, cuando tengan residencia habitual en España.

- b) Para el reembolso de los costos por parte de la Caja de Enfermedad alemana, servirá de base este tercio.

(3) El derecho a subsidio de maternidad según la legislación alemana para las personas mencionadas en el apartado 2, no se modificará."

Artículo 5

En el Protocolo Final se incluirán los siguientes artículos 8 y 9:

"Artículo 8

En el caso de que entre en vigor un Convenio entre la República Federal de Alemania y otro Estado con cuyo Gobierno existe un Acuerdo sobre la contratación y colocación de trabajadores extranjeros que, según las disposiciones legales de la República Federal de Alemania, prevea subsidios familiares mayores que los del presente Convenio para los hijos residentes en el país de origen de los trabajadores, serán aplicables estos subsidios también en el ámbito del presente Convenio.

Artikel 9

Haben sich die Voraussetzungen, die zur Änderung des Artikels 40 des Abkommens geführt haben, nach Auffassung eines Vertragsstaates wesentlich geändert, so ist dieser berechtigt, um Neuverhandlungen nachzusuchen."

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Spanischen Staates innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden, so bald wie möglich, in Madrid ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt nach Austausch der Ratifikationsurkunden an demselben Tage in Kraft wie das Abkommen und gilt für dieselbe Dauer wie das Abkommen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 17. Dezember 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artículo 9

Cuando cambien considerablemente los supuestos que han conducido a este Convenio a juicio de un Estado contratante, éste tendrá el derecho a pedir nuevas negociaciones."

Artículo 6

El presente Convenio se aplicará también al "Land" Berlin, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno del Estado Español dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 7

(1) El presente Convenio será ratificado. Los instrumentos de ratificación se canjearán en Madrid lo antes posible.

(2) El presente Convenio entrará en vigor, una vez canjeados los instrumentos de ratificación, el mismo día que el Convenio y tendrá la misma duración que éste.

EN FE DE LO CUAL los Plenipotenciarios firman y estampan sus sellos al pie de este Convenio.

HECHO en Bonn el 17 de diciembre de 1975 en dos ejemplares originales en lengua alemana y española, haciendo fe y siendo obligatorios por igual ambos textos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Gehlhoff

Für den Spanischen Staat
Por el Estado Español
Garrigues

Denkschrift zu den Abkommen**1. Vorbemerkung**

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat gilt im Bereich der Sozialen Sicherheit das Abkommen vom 29. Oktober 1959 nebst Zusatzvereinbarung (Bundesgesetzbl. 1961 II, S. 598 ff.). Wegen seines Inhalts wird insoweit auf die Denkschrift zu diesem Abkommen verwiesen (Bundestagsdrucksache III/2570, S. 53 f.). Mit Rücksicht auf die bei der Anwendung des Abkommens von 1959 gesammelten praktischen Erfahrungen und wegen der zwischenzeitlich eingetretenen einschlägigen Änderungen des innerstaatlichen Rechts im Bereich der Sozialen Sicherheit erwies sich eine Revision dieses Abkommens als notwendig, die zu seiner vollständigen Neufassung führte. Nach der Unterzeichnung des Abkommens wurden im Zusammenhang mit der am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Kindergeldreform die kindergeldrechtlichen Bestimmungen des Abkommens von 1959 geändert (Abkommen vom 12. Juli 1974 — Bundesgesetzbl. 1975 II S. 376). Da in dem Abkommen vom 4. Dezember 1973 diese neuen Kindergeldregelungen nicht mehr berücksichtigt werden konnten, war das Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975 erforderlich. Es enthält die neue Kindergeldvereinbarung mit Spanien sowie einige in der Zwischenzeit erforderlich gewordene Ergänzungen auf dem Gebiet der Renten- und Krankenversicherung.

2. Abkommen vom 4. Dezember 1973

Die Gliederung und der Aufbau des Abkommens sind unverändert geblieben. Wie bisher umfaßt das Abkommen die Abschnitte

Allgemeine Bestimmungen (Artikel 1 bis 11),
Krankenversicherung (Artikel 12 bis 21),
Rentenversicherungen (Artikel 22 bis 33),
Unfallversicherung (Artikel 34 bis 39),
Familienleistungen (Artikel 40),
Verschiedene Bestimmungen (Artikel 41 bis 54) und
Übergangs- und Schlußbestimmungen (Artikel 55 bis 58).

Ebenfalls wie bisher regelt das Abkommen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien im gesamten Bereich der Sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung. Es erstreckt sich unverändert in der Bundesrepublik Deutschland auf die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Rentenversicherungen, das Kindergeld und die Altershilfe für Landwirte. Auch dieses Abkommen gilt nur für deutsche und spanische Staatsangehörige sowie für deren Familienangehörige und Hinterbliebene. Für Staatenlose und Flüchtlinge gilt es, wenn die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates diesen Personenkreis in den Anwendungsbereich der Sozialen Sicherheit einschließen. Es enthält weiter die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten aus der Sozialen Sicherheit und sieht die — in der Regel uneingeschränkte — Gewährung von Leistungen bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor.

Neben sprachlichen Verbesserungen ist das Abkommen sachlich in vielen Punkten den Änderungen des innerstaatlichen Sozialversicherungsrechts angepaßt worden. Es beruht nunmehr im wesentlichen auf den Grundsätzen, die in den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 (Amtsbl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 149 vom 5. Juli 1971, S. 2) und Nr. 574/72 (Amtsbl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 74 vom 27. März 1972, S. 1) des Rates der Europäischen Gemeinschaft niedergelegt sind. Unter diesen Gesichtspunkten enthält das Abkommen namentlich folgende Änderungen:

Im Bereich der Allgemeinen Bestimmungen trägt Artikel 11 Abs. 4 den praktischen Schwierigkeiten in der Vergangenheit Rechnung, bei dem Zusammentreffen einer Rente aus der deutschen Rentenversicherung mit einer spanischen Unfallrente den spanischen Jahresarbeitsverdienst der Unfallversicherung festzustellen.

Im Bereich der Krankenversicherung ist nunmehr auf Wunsch der deutschen Krankenversicherungsträger durch Artikel 32 sichergestellt, daß bei Gewährung von Geldleistungen aus der Krankenversicherung der Anspruch auf Rente gemäß § 183 Absatz 3 RVO auch bei einer den deutschen Renten vergleichbaren spanischen Rente übergeht.

Im Bereich der Rentenversicherung betrifft die wichtigste Änderung die Frage der freiwilligen Versicherung. Nach dem Abkommen von 1959 und den Vorschriften der RVO vor dem Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I, S. 1965 ff.) war ein Deutscher mit ständigem Aufenthalt in Spanien zur freiwilligen Weiterversicherung in der deutschen Rentenversicherung nur berechtigt, wenn er eine Vorversicherungszeit erfüllte und nicht nach spanischem Recht rentenversicherungspflichtig war. Waren diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so konnten nur Beiträge zur deutschen Höherversicherung entrichtet werden. Diese Regelung führte zu unbefriedigenden Ergebnissen. Die Neuregelung in Artikel 30 bezweckt, es auch diesem Personenkreis von Deutschen zu ermöglichen, der deutschen Rentenversicherung freiwillig beizutreten. Von diesem Recht wird sicherlich ein nicht unerheblicher Personenkreis Gebrauch machen.

Weitere Änderungen im Bereich der Rentenversicherung betreffen:

Die Berücksichtigung von Versicherungszeiten im anderen Land für die Gewährung von Rehabilitationsmaßnahmen mit Einführung einer Mindestversicherungszeit (Artikel 26 Abs. 2),
den Anspruch auf Abfindung bei Wiederheirat in Spanien (Artikel 27 Abs. 2),
Sondervorschriften für die Anrechnung deutscher Ausfall- und Zurechnungszeiten sowie Ersatzzeiten (Artikel 33).

Im Bereich der Unfallversicherung wurde die Regelung der Berufshilfe in Artikel 34 Abs. 3 Satz 3

erforderlich, weil dieses Recht in beiden Staaten unterschiedlich ist und nach der Grundregel des Artikels 34 Abs. 3 Satz 1 ein verletzter spanischer Arbeitnehmer, der in der Bundesrepublik Deutschland versichert ist, in Spanien Anspruch auf Berufshilfe gegen den deutschen Träger nach Maßgabe der spanischen Rechtsvorschriften hätte.

Eine weitere Bestimmung (Artikel 39 Abs. 2) regelt Rentenabfindungen nach §§ 607 ff. RVO für in Spanien gelegenen Grundbesitz.

Die Regelungen im Bereich der Familienleistungen (Artikel 40) sind durch das Ergänzungsabkommen neu gefaßt worden (vgl. Nr. 5 der Denkschrift).

Die Änderungen im Bereich der Verschiedenen Bestimmungen betreffen:

Das Recht der diplomatischen und konsularischen Behörden, Berechtigte des eigenen Staates gegenüber allen Behörden, Gerichten und Trägern der Sozialversicherung ohne Vorlage einer besonderen Vollmachtsurkunde zu vertreten. Dieses Recht zielt insbesondere auf die Vertretung von Spaniern in der Bundesrepublik Deutschland durch die Sozialabteilung der Spanischen Botschaft und ihrer Außenstellen ab (Artikel 45 Abs. 2);

die Zustellung von Bescheiden u. ä. entweder über die Verbindungsstellen oder unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein (Artikel 47 Abs. 3);

das Beitreibungsverfahren von Beiträgen im anderen Land (Artikel 49);

den Übergang von Schadenersatzansprüchen gegen Drittschädiger auf den zuständigen Leistungsträger (Artikel 50).

3. **Schlußprotokoll**

Das Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens und hat die gleiche Geltungsdauer wie dieses. Es enthält insbesondere neue Bestimmungen über:

Die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung (Artikel 1);

die Gewährung eines Vorschusses bei Erfüllen der Voraussetzungen zum Bezug einer Rente (Artikel 2);

Ansprüche auf Leistung bei Krankheit, Mutterschaft und Unfall bei vorübergehendem Aufenthalt in einem Drittstaat (Artikel 3); ein entsprechendes deutsch-französisch-spanisches Übereinkommen ist in Vorbereitung.

4. **Zusatzvereinbarung**

Diese Vereinbarung ist im Vergleich zur Zusatzvereinbarung von 1959 wesentlich kürzer gefaßt worden. Sie enthält alle für die Durchführung des Abkommens notwendigen Vorschriften nach dem Vorbild der Verordnung (EWG) Nr. 574/72.

5. **Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975**

Dieses Abkommen ergänzt das Abkommen vom 4. Dezember 1973 durch eine Regelung über die Anpassung laufender Rentenzahlungen (Artikel 1). Es enthält weiter die Klarstellung über die Rechtsnatur des Pauschbetrages für die im Zusammenhang mit einer Entbindung entstehenden Aufwendungen nach den deutschen Rechtsvorschriften (Artikel 4). Durch das Abkommen (Artikel 2 und 5) wird ferner die seit dem 1. Januar 1975 geltende Kindergeldregelung nachträglich in das Abkommen vom 4. Dezember 1973 eingefügt.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu Artikel 3 Abs. 2

- a) In Absatz 2 Satz 2 ist der Punkt durch ein Semikolon zu ersetzen und folgender Halbsatz anzufügen:

„vor der Entscheidung sind die anderen Verbände der Unfallversicherung zu hören.“

- b) Dem Absatz 2 sind folgende Sätze anzufügen:

„An der Umlage sind die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung im Verhältnis der Gesamtzahl ihrer Renten zur Gesamtzahl der Renten aller Träger der Unfallversicherung zu beteiligen. Der Anteil des einzelnen Trägers der Unfallversicherung ergibt sich

- a) bei den Trägern der Unfallversicherung ohne die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung aus dem Verhältnis der Lohnsumme des einzelnen Trägers zu der Gesamtlohnsumme aller dieser Träger im abgelaufenen Geschäftsjahr,

- b) bei den Trägern der landwirtschaftlichen Unfallversicherung aus der Summe der gezahlten Renten des einzelnen Trägers zu der Summe der von allen diesen Trägern im abgelaufenen Geschäftsjahr gezahlten Renten.“

Begründung zu a) und b)

Wie bei der Krankenversicherung ist auch bei der Unfallversicherung das Verfahren noch näher zu bestimmen. Es ist vorzusehen, daß der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. vor der Entscheidung die anderen Verbände der Unfallversicherungsträger zu hören hat.

Die Aufteilung der Umlage auf die einzelnen Träger der Unfallversicherung erfordert einen Verteilungsmaßstab. Dieser kann nicht in das Ermessen des Hauptverbands der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. als Verbindungsstelle gestellt werden. Der Verteilungsmaßstab muß vielmehr — wie für den Bereich der Krankenversicherung in Absatz 1 — im Gesetz bestimmt werden. Dabei sind die besonderen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu berücksichtigen.

2. Nach Artikel 3

Nach Artikel 3 ist folgender neuer Artikel 3 a einzufügen:

„Artikel 3 a

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. Vereinbarungen

- a) nach Artikel 45 Abs. 1 des Abkommens vom 4. Dezember 1973,

- b) nach Artikel 10 Abs. 2, Artikel 11 Abs. 2 der Zusatzvereinbarung,

2. Richtlinien der zuständigen Behörden für die Vereinbarung der Verbindungsstellen über Verwaltungsmaßnahmen nach Artikel 5 der Zusatzvereinbarung

in Kraft zu setzen.

(2) Soweit die Zuständigkeit landesunmittelbarer Träger berührt ist, erfolgt die Bestimmung

1. des zuständigen Trägers gemäß Artikel 1 Nummer 7 und des Trägers des Aufenthaltsortes gemäß Artikel 1 Nummer 8 des Abkommens vom 4. Dezember 1973 und

2. anderer Verbindungsstellen sowie anderer zuständiger Träger gemäß Artikel 4 der Zusatzvereinbarung

durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates.“

Als Folge ist die Berlin-Klausel entsprechend zu ergänzen.

Begründung

Da die vorgesehenen Vereinbarungen bzw. Richtlinien sich auch auf die Regelung des Verwaltungsverfahrens für landesunmittelbare Sozialversicherungsträger beziehen, ist zu ihrer Inkraftsetzung die Mitwirkung des Bundesrates geboten.

Die im Abkommen und in der Zusatzvereinbarung in den angeführten Fällen vorgesehene Bestimmung der Zuständigkeit von Trägern und Verbindungsstellen durch die zuständige Behörde stellt die Auswahl der in Betracht kommenden Einrichtungen allein in das Ermessen der Bundesregierung. Dies ist im Hinblick auf die Organisationsgewalt der Länder nicht angängig. Hinsichtlich der landesunmittelbaren Träger sollte die Bestimmung nur mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen.

3. Zu Artikel 11 Abs. 3 der Zusatzvereinbarung

In Artikel 11 Abs. 3 der Zusatzvereinbarung ist die Gewährung von Sachleistungen bei Körperersatzstücken und Hilfsmitteln dem Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. übertragen. Da der Hauptverband selbst nicht Unfallversicherungsträger ist, hält der Bundesrat die Gewährung von Sachleistungen durch diesen Verband nicht für angebracht.

Der Bundesrat bittet, in künftigen Vereinbarungen von solchen Regelungen abzusehen.

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates**Zu 1. a)**

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 1. b)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Die Bundesregierung wird die Frage des vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften als Verbindungsstelle für die Unfallversicherung durchgeführten Umlageverfahrens generell für alle Sozialversicherungsabkommen unter Einbeziehung der Eigenunfallversicherung untersuchen. In der Krankenversicherung stellt sich das Problem anders, bei der die Finanzierung einheitlich ist und die umzulegenden Beträge erheblich höher sind als in der Unfallversicherung. Im vorliegenden Vertragsgesetz zu den deutsch-spanischen Abkommen über Soziale Sicherheit sollte das Umlageverfahren nicht geändert werden, um kein isoliertes Verfahren bei dem geringen Umfang der Summe einzuführen. Das würde einen zu hohen Verwaltungsaufwand erfordern.

Zu 2.

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß in Absatz 1 und 2 nicht die Bundesregierung, sondern jeweils der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zum Erlaß der Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ermächtigt wird und daß Nummer 2 des Absatzes 1 („2. Richtlinien der zuständigen Behörden für die Vereinbarung der Verbindungsstellen über Verwaltungsmaßnahmen nach Artikel 5 der Zusatzvereinbarung“) gestrichen wird.

In den aufgeführten Fällen im Abkommen und in der Zusatzvereinbarung sind die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten angesprochen. Das ist nach Artikel 1 Nr. 5 des Abkommens vom 4. Dezember 1973 der Bundesminister für Arbeit und Sozial-

ordnung. Daher sollte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zum Erlaß dieser Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates ermächtigt werden.

Sinn und Zweck der Vorschrift des Artikels 5 Satz 2 der Zusatzvereinbarung ist es, daß die Verbindungsstellen dann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung tätig werden, wenn eine gewisse Koordinierung und einheitliche Handhabung erforderlich wird. Es ist nicht beabsichtigt, Weisungen zu erteilen oder bestimmte Verfahren zu reglementieren. Die von anderen Abkommen etwas abweichende Formulierung geht auf spanischen Wunsch zurück, wobei jedoch nicht beabsichtigt ist, von den Verfahren abzuweichen, wie sie sich in anderen Abkommen (z. B. deutsch-jugoslawisches Abkommen) bewährt haben.

Die Einfügung der Vorschrift macht es erforderlich, auch die Berlin-Klausel (Artikel 4) wie folgt zu ergänzen:

„Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1).“

Zu 3.

Im Hinblick darauf, daß durch das Rehabilitationsgesetz von 1974 für die deutschen Krankenkassen erweiterte Möglichkeiten zur Durchführung medizinischer Maßnahmen eingeführt wurden, wird die Bundesregierung die Möglichkeit einer Regelung in künftigen Abkommen über Soziale Sicherheit prüfen, wonach alle Sachleistungen für ausländische Versicherte im Inland einheitlich durch einen Träger gewährt werden.

